

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Müllinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhofs 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Spadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalswechsel, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 11. Dezember 1930

Int. Inst. Kunst
Soz. Geschiedenis
Amsterdam

Unterdrückung der Wahrheit.

"Im Westen nichts Neues" verboten.

SPD. Die Filmoberprüfstelle hat den Film "Im Westen nichts Neues" am Donnerstag verboten. Sie erblickt in seinen Darbietungen eine Gefährdung des Ansehens Deutschlands. Das ist die zweite grosse Affäre, die die Filmprüfung in Deutschland hervorgerufen hat. "Panzerkreuzer Potemkin" und "Im Westen nichts Neues" sind die beiden Filmwerke, deren Aufführung durch die Oberprüfstelle untersagt worden ist.

Dass es gerade zwei Filme sind, die bedeutende Vorwürfe in grossem Stile behandeln, zeigt, wie töricht diese Art von Verbot im allgemeinen ist. Damals war es der Aufschrei der Geknechteten und Getretenen gegen boshafte Unterdrücker, der Schrei nach Freiheit, heute ist es der Schrei nach Menschlichkeit gegen den Krieg, der unter das Verbot fallen soll. Es ist blödsinnig, so grosse Dinge verbieten zu wollen! Sie sind da und sie wirken, sie zwingen einen jeden zur Auseinandersetzung, kein Verbot wird sie aus der Welt schaffen.

Das neueste Verbot ist ein ausgesprochen politisches Verbot. Es ist hervorgewachsen aus der gegenwärtigen inneren Lage Deutschlands. Der nationalistische Block, der nicht vermocht hat, im Reichstag den bisherigen Kurs der Aussenpolitik umzuwerfen, hat sich auf den Film gestürzt. Es ist ihm nicht gelungen, seine Wünsche zur Neuorientierung der deutschen Aussenpolitik in der Richtung gefährlicher Provokation durchzusetzen, ebensowenig seine Wünsche zu einer Aufrüstung in Deutschland. Er hat sich deshalb auf einen Film gestürzt, der den Krieg zeigt, wie er wirklich ist, erschütternd und abschreckend und der geeignet ist, jeden Kriegslüsternen abzukühlen. Es ist ihm gelungen, ein Verbot dieses Films durchzusetzen. Dieser Block reicht von den Nationalsozialisten bis zur Deutschen Volkspartei, und das Reichswehrministerium hat bei der Aktion gegen den Film eine ausschlaggebende Rolle gespielt.

Was hat man verboten? Aufklärung darüber, wie der Krieg wirklich ist. Nicht die Wahrheit über den Krieg, sondern die Schulbuchlegende aus der Zeit des Kaiserreiches will der nationalistische Block dem Volke zeigen lassen!

Das Verbot ist von grosser aussenpolitischer Bedeutung. Dieser Film wird in der ganzen Welt gezeigt. Ausserhalb der Grenzen Deutschlands kann jedermann die Berechtigung des Verbots selbst nachprüfen. Aus Amerika und aus England liegen sehr ernste Urteile auch von Deutschland wohlwollender Seite darüber vor, dass dieser Film keine Hetze gegen Deutschland darstellt, sondern lediglich eine ernste Mahnung vor den Schrecken des Krieges. Fürchtet man nicht, dass gerade in diesen Kreisen sich die Auffassung einschleichen wird, man wolle in Deutschland namentlich den jungen Jahresklassen das wahre Gesicht des Krieges nicht zeigen, weil man dadurch eine Schwächung ihres Wehrwillens fürchtet?

Die Begründungen, die für die angebliche Deutschfeindlichkeit gegeben werden, namentlich die Begründung des Reichswehrministeriums, dem die "Visage" eines der Mitspieler nicht gefällt, sind ausserordentlich schwach. Vergleicht

doch einmal die Porträts der Mitglieder der Nationalsozialistischen Reichstagsfraktion mit den Bildern der Darsteller, die in diesem Film deutsche Soldaten spielen!

Alles in allem: der nationalistische Block in Deutschland hat einen Sieg über den deutschen Aussenminister davongetragen, der deutsche Aussenminister hat sich gegenüber seinem Angriff schwach und schwankend gezeigt!

Im übrigen ist es unsinnig, eine derartige Entscheidung von grösster politischer Bedeutung durch eine ganz zufällig zusammengesetzte Filmprüfungsstelle erfolgen zu lassen, der in diesem Falle weitreichendere Entscheidungsmöglichkeiten über das Ansehen Deutschlands im Ausland in die Hand gegeben sind als dem deutschen Aussenminister.

Das ist das Eine, das wir feststellen. Zum anderen das Innenpolitische. Dieser nationalistische Block von der Volkspartei bis zu den Hakenkreuzlern hat den Hakenkreuzpöbel und die Lausejungen des Herrn Goebbels als Bundesgenossen und als Vorkämpfer für das deutsche Ansehen in der Welt akzeptiert. Wir können nicht umhin, dieser Aktion gegen den Film "Im Westen nichts Neues", nach diesen famosen Vorkämpfern zu beurteilen.

Jenseits der Grenzen Deutschlands wird sich der Eindruck vertiefen, dass die Nationalsozialisten in Deutschland aussenpolitisch, wie innenpolitisch den Ton angeben. Fürchtet man nicht, dass man demnächst im Ausland sagen wird: wie in München 1923 vor dem Hitlerputsch?

Und zuletzt ein Drittes! Zu den Haupthetzern gegen den Film hat die Presse des Herrn Hugenberg gehört. Herr Hugenberg besitzt durch seine Beherrschung der Ufa fast ein praktisches Filmmonopol in Deutschland. Die Ufa des Herrn Hugenberg hat Kriegsfilm gezeigt - wir erinnern an den amerikanischen Kriegerfilm "Wings" - die in der amerikanischen Fassung ziemlich deutlich deutschfeindliche Tendenzen aufwies, und bei denen man in der deutschen Fassung die deutschen Soldaten und Flieger des Weltkrieges sehr unsympathisch vorgeführt erhielt. Dieser Film hat bei niemanden von denen, die jetzt schreien, Anstoss erregt; denn die Ufa hat ihn verbreitet. Der Film "Im Westen nichts Neues" aber ist die Verfilmung eines pazifistischen Buches, das ein Welterfolg gewesen ist, das alle wirklich ernsthaften Frontkämpfer in Deutschland und in der ganzen Welt mit tiefster Bewegung gelesen haben. Dieses Buch wurde allerdings verlegt von einem Verlag, den Herr Hugenberg als stärkste Konkurrenz empfindet.

Diese Zusammenhänge müssen angesichts des Verbotes aufs schärfste dargelegt werden und es muss aufs nachdrücklichste davor gewarnt werden, dass durch amtliche Verbote das Monopol der Hugenberg'schen Ufa geschützt wird. Der Film ist verboten, aber die Aufklärung über die Wirklichkeit des Krieges lässt sich nicht verbieten. Mehr denn je zuvor muss den jungen Generationen, die den Krieg nicht mehr aus eigener Anschauung kennen, die Wirklichkeit des Krieges vor Augen geführt werden, damit sie nicht eine leichte Beute jener werden, die von einem künftigen grossen Kriege Deutschlands träumen!

SPD. New York, 11. Dezember (Eig. Drahtb)

Die amerikanische Öffentlichkeit steht nach wie vor unter dem Eindruck des Berliner Filmkrieges. Die Zeitungen enthalten lange Berichte über die Aktion der deutschen Nationalisten gegen den Film. Alle Blätter stehen dem Konflikt verständnislos gegenüber und sehen hinter den Protesten der Nationalisten dunkle Manöver zur Unterminierung der öffentlichen Ruhe und Ordnung.

SPD. Als Anfang Dezember der preussische Ministerpräsident Dr. Braun im Zirkus in Dresden sprach, war dort die Luft mit Stinkgasen derart verpestet, dass 30 Personen den Arzt aufsuchen mussten. Die Urheber des Stinkbombenangriffs waren Nationalsozialisten, wie sich aus nachstehendem Brief der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Ortsgruppe Dresden, an den Nazi-Reichstagsabgeordneten Mutschmann ergibt:

"Dresden, den 9. Dezember 1930.

Herrn Pg. M. Mutschmann,

z.Zt. Berlin, Reichstag.

Die durch Ihre Vermittlung vor 2 Wochen gelieferten Ampullen zur Störung der gewesenen Versammlung der SPD im Dresdner Zirkus (Ministerpräsident Dr. Braun) sind bis auf einen Rest von 15 Stück verbraucht. Die hiesige Ortsgruppe bittet um Lieferung von weiteren 50 Stück. Vielleicht haben Sie diese zufällig in Berlin. Wir würden bitten, diese dann dem Ueberbringer auszuhandigen.

Der Erfolg in oben erwähnter Versammlung war kein überwältigender. Ob dies nun daran lag, dass der Raum des Zirkus zu gross ist, oder ob andere Gründe vorliegen, muss erst die Zukunft lehren.

Auf Grund des Ferngespräches vom 7. ds. bitten wir, wie vereinbart, dem Boten das in Ihrem Besitze befindliche Geld, welches sich wie nachstehend zusammensetzt, gegen quittung auszuhändigen :

5000.- M. Ihre Privatunterstützung

1700.- M. Einnahmen aus Versammlungen abzüglich der Ortsgruppengelder

185.- M. aus Beiträgen, wie vor

6885.- M.

Unseren Brief vom 3. ds. nach Plauen gesandt, haben Sie doch erhalten?
Ergebenst

gez.: Ackermann

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei."

Der Brief zeigt, dass die Nazis systematisch Stinkbombenangriffe auf SPD-Versammlungen inszenieren und die dazu erforderlichen Stinkbomben en gros von ihrem Freund und Gönner Mutschmann beziehen. Nachdem das feststeht und insbesondere kein Zweifel mehr darüber bestehen kann, wer die Dresdner Zirkus-Versammlung der SPD gestört hat, fragt es sich, inwieweit jetzt gegen das Nazi-Gesinde einschliesslich des Stinkbomben-Mutschmann Strafantrag zu stellen ist. Abgesehen davon passen die Stinkbomben zu den Verfechtern des dritten Reiches ebenso wie Stinkbomben-Mutschmann, weisse Mäuse und andere Stinktiere!

SPD. Weimar, 11. Dezember (Eig. Drahtb)

Die bürgerliche Mehrheit des Thüringischen Landtags hat am Donnerstag eine Gesetzesvorlage angenommen, durch die der Kirchenaustritt in Zukunft wesentlich erschwert wird.

Auf Grund des Kirchenaustrittsgesetzes des Jahres 1922 genügte es, wenn der aus der Kirche Ausscheidende mündlich oder zu Protokoll dem Standesamt seines Wohnsitzes seinen Austritt anzeigte. Damit war der Austritt vollzogen. Das Verfahren war gebühren- und kostenfrei. Mit dem Austritt erloschen sofort alle Verpflichtungen der Kirche gegenüber. Das galt auch für Minderjährige vom 14. Lebensjahre ab. Auch gemeinsame Austritte konnten erfolgen. In Zukunft bedarf die schriftliche Austrittserklärung der gerichtlichen oder notariellen Beglaubigung, was mit Geldkosten verbunden ist. Gemeinsame Austrittserklärungen sind nur noch für Eltern und ihre minderjährigen Kinder zulässig. Bei Austrittserklärungen eines Minderjährigen im Alter von 14 Jahren hat der Standesbeamte unverzüglich dem gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen eine Abschrift zuzustellen.

Das Gesetz wurde von der Regierung damit begründet, dass zur Forderung der Kirchenaustrittsbewegung Terror geübt worden sei. Irgend einen Anhalts-

doch einmal die Porträts der Mitglieder der Nationalsozialistischen Reichstagsfraktion mit den Bildern der Darsteller, die in diesem Film deutsche Soldaten spielen!

Alles in allem: der nationalistische Block in Deutschland hat einen Sieg über den deutschen Aussenminister davongetragen, der deutsche Aussenminister hat sich gegenüber seinem Angriff schwach und schwankend gezeigt!

Im übrigen ist es unsinnig, eine derartige Entscheidung von grösster politischer Bedeutung durch eine ganz zufällig zusammengesetzte Filmprüfungsstelle erfolgen zu lassen, der in diesem Falle weitreichendere Entscheidungsmöglichkeiten über das Ansehen Deutschlands im Ausland in die Hand gegeben sind als dem deutschen Aussenminister.

Das ist das Eine, das wir feststellen. Zum anderen das Innenpolitische. Dieser nationalistische Block von der Volkspartei bis zu den Hakenkreuzlern hat den Hakenkreuzpöbel und die Lausejungen des Herrn Goebbels als Bundesgenossen und als Vorkämpfer für das deutsche Ansehen in der Welt akzeptiert. Wir können nicht umhin, dieser Aktion gegen den Film "Im Westen nichts Neues", nach diesen famosen Vorkämpfern zu beurteilen.

Jenseits der Grenzen Deutschlands wird sich der Eindruck vertiefen, dass die Nationalsozialisten in Deutschland aussenpolitisch, wie innenpolitisch den Ton angeben. Fürchtet man nicht, dass man demnächst im Ausland sagen wird: wie in München 1923 vor dem Hitlerputsch?

Und zuletzt ein Drittes! Zu den Haupthetzern gegen den Film hat die Presse des Herrn Hugenberg gehört. Herr Hugenberg besitzt durch seine Beherrschung der Ufa fast ein praktisches Filmmonopol in Deutschland. Die Ufa des Herrn Hugenberg hat Kriegsfilm gezeigt - wir erinnern an den amerikanischen Kriegerfilm "Wings" - die in der amerikanischen Fassung ziemlich deutlich deutschfeindliche Tendenzen aufwies, und bei denen man in der deutschen Fassung die deutschen Soldaten und Flieger des Weltkrieges sehr unsympathisch vorgeführt erhielt. Dieser Film hat bei niemanden von denen, die jetzt schreien, Anstoss erregt; denn die Ufa hat ihn verbreitet. Der Film "Im Westen nichts Neues" aber ist die Verfilmung eines pazifistischen Buches, das ein Welterfolg gewesen ist, das alle wirklich ernsthaften Frontkämpfer in Deutschland und in der ganzen Welt mit tiefster Bewegung gelesen haben. Dieses Buch wurde allerdings verlegt von einem Verlag, den Herr Hugenberg als stärkste Konkurrenz empfindet.

Diese Zusammenhänge müssen angesichts des Verbotes aufs schärfste dargelegt werden und es muss aufs nachdrücklichste davor gewarnt werden, dass durch amtliche Verbote das Monopol der Hugenberg'schen Ufa geschützt wird. Der Film ist verboten, aber die Aufklärung über die Wirklichkeit des Krieges lässt sich nicht verbieten. Mehr denn je zuvor muss den jungen Generationen, die den Krieg nicht mehr aus eigener Anschauung kennen, die Wirklichkeit des Krieges vor Augen geführt werden, damit sie nicht eine leichte Beute jener werden, die von einem künftigen grossen Kriege Deutschlands träumen!

SPD. New York, 11. Dezember (Eig. Drahtb)

Die amerikanische Öffentlichkeit steht nach wie vor unter dem Eindruck des Berliner Filmkrieges. Die Zeitungen enthalten lange Berichte über die Aktion der deutschen Nationalisten gegen den Film. Alle Blätter stehen dem Konflikt verständnislos gegenüber und sehen hinter den Protesten der Nationalisten dunkle Manöver zur Unterminierung der öffentlichen Ruhe und Ordnung.

SPD. Als Anfang Dezember der preussische Ministerpräsident Dr. Braun im Zirkus in Dresden sprach, war dort die Luft mit Stinkgasen derart verpestet, dass 30 Personen den Arzt aufsuchen mussten. Die Urheber des Stinkbombenangriffs waren Nationalsozialisten, wie sich aus nachstehendem Brief der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Ortsgruppe Dresden, an den Nazi-Reichstagsabgeordneten Mutschmann ergibt:

"Dresden, den 9. Dezember 1930.

Herrn Pg. M. Mutschmann,

z.Zt. Berlin, Reichstag.

Die durch Ihre Vermittlung vor 2 Wochen gelieferten Ampullen zur Störung der gewesenen Versammlung der SPD im Dresdner Zirkus (Ministerpräsident Dr. Braun) sind bis auf einen Rest von 15 Stück verbraucht. Die hiesige Ortsgruppe bittet um Lieferung von weiteren 50 Stück. Vielleicht haben Sie diese zufällig in Berlin. Wir würden bitten, diese dann dem Ueberbringer auszuhandigen.

Der Erfolg in oben erwähnter Versammlung war kein überwältigender. Ob dies nun daran lag, dass der Raum des Zirkus zu gross ist, oder ob andere Gründe vorliegen, muss erst die Zukunft lehren.

Auf Grund des Ferngespräches vom 7. ds. bitten wir, wie vereinbart, dem Boten das in Ihrem Besitze befindliche Geld, welches sich wie nachstehend zusammensetzt, gegen quittung auszuhändigen :

5000.- M. Ihre Privatunterstützung

1700.- M. Einnahmen aus Versammlungen abzüglich der Ortsgruppengelder

185.- M. aus Beiträgen, wie vor

6885.- M.

Unseren Brief vom 3. ds. nach Plauen gesandt, haben Sie doch erhalten?
Ergebenst

gez.: Ackermann

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei."

Der Brief zeigt, dass die Nazis systematisch Stinkbombenangriffe auf SPD-Versammlungen inszenieren und die dazu erforderlichen Stinkbomben en gros von ihrem Freund und Gönner Mutschmann beziehen. Nachdem das feststeht und insbesondere kein Zweifel mehr darüber bestehen kann, wer die Dresdner Zirkus-Versammlung der SPD gestört hat, fragt es sich, inwieweit jetzt gegen das Nazi-Gesinde einschliesslich des Stinkbomben-Mutschmann Strafantrag zu stellen ist. Abgesehen davon passen die Stinkbomben zu den Verfechtern des dritten Reiches ebenso wie Stinkbomben-Mutschmann, weisse Mäuse und andere Stinktiere!

SPD. Weimar, 11. Dezember (Eig. Drahtb)

Die bürgerliche Mehrheit des Thüringischen Landtags hat am Donnerstag eine Gesetzesvorlage angenommen, durch die der Kirchenaustritt in Zukunft wesentlich erschwert wird.

Auf Grund des Kirchenaustrittsgesetzes des Jahres 1922 genügte es, wenn der aus der Kirche Ausscheidende mündlich oder zu Protokoll dem Standesamt seines Wohnsitzes seinen Austritt anzeigte. Damit war der Austritt vollzogen. Das Verfahren war gebühren- und kostenfrei. Mit dem Austritt erloschen sofort alle Verpflichtungen der Kirche gegenüber. Das galt auch für Minderjährige vom 14. Lebensjahre ab. Auch gemeinsame Austritte konnten erfolgen. In Zukunft bedarf die schriftliche Austrittserklärung der gerichtlichen oder notariellen Beglaubigung, was mit Geldkosten verbunden ist. Gemeinsame Austrittserklärungen sind nur noch für Eltern und ihre minderjährigen Kinder zulässig. Bei Austrittserklärungen eines Minderjährigen im Alter von 14 Jahren hat der Standesbeamte unverzüglich dem gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen eine Abschrift zuzustellen.

Das Gesetz wurde von der Regierung damit begründet, dass zur Förderung der Kirchenaustrittsbewegung Terror geübt worden sei. Irgend einen Anhalts-

punkt für diese Behauptung vermochte die Regierung jedoch nicht anzugeben. Tatsächlich ist es so, dass das Gesetz einer Forderung des Landeskirchenrats entspricht. Im Verlauf der Debatte wurde von sozialdemokratischer Seite darauf hingewiesen, dass es den Nationalsozialisten als Verherrlicher der Fememorde schlecht anstünde, sich als Beschützer des Christentums und der kirchlichen Belange aufzuspielen.

SPD. Die Sozialdemokratische Fraktion hat zu der Lohnabbauaktion der Reichsregierung im Reichstag folgende Interpellation eingebracht :

"Mit der Begründung, dass zur Behebung der Wirtschaftskrise und zur Angleichung an die veränderten weltwirtschaftlichen Verhältnisse eine Senkung des deutschen Preisniveaus unerlässlich sei, hat die Reichsregierung die Bestrebungen auf Lohnabbau planmässig unterstützt. Nach ihren Erklärungen hat sie dabei vorausgesetzt, dass der Abbau der Löhne und Gehälter zu einer entsprechenden Senkung auch der Warenpreise und Lebenshaltungskosten führen und dadurch eine Verminderung der Kaufkraft nicht eintreten würde. Die Lohnabbau-bewegung hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Auch schon ohne Herabsetzung der Tariflohnsätze sind unter dem Drucke der Arbeitslosigkeit durch Abbau der Akkorde und Leistungszulagen die effektiven Löhne und Gehälter erheblich gesunken. Der von den Schlichtungsbehörden geförderte Abbau der Tariflöhne und Gehälter hat zu weiteren empfindlichen Senkungen geführt.

Dagegen ist der Regierung auf dem Gebiete der Preise auch nicht annähernd der gleiche Erfolg beschieden gewesen. Das Versprechen, dass die Lohnsenkungen durch eine Verbilligung der Lebenshaltungskosten ausgeglichen werden würden, ist nicht in Erfüllung gegangen. Von den beteiligten Kreisen wird um so lauter behauptet, dass weitere Preissenkungen unmöglich seien und die Aufrechterhaltung der Preisabbauaktion lediglich die Wirtschaft lähmt. Der Herr Reichskanzler hat im Plenum des Reichstags am 5. Dezember Ausführungen gemacht, die zu erkennen geben, dass die Reichsregierung selbst geneigt ist, diese Auffassung gelten zu lassen und sich wesentliche Erfolge auf dem Gebiete der Preissenkungen nicht mehr verspricht.

Unter diesen Umständen haben die mit Hilfe der Reichsregierung den Arbeitnehmern aufgezwungenen Lohnsenkungen den Charakter eines einseitig zu tragen den Opfers, das um so verbitternder wirkt, als durch die damit herbeigeführte Minderung der Massenkaukraft die Gesamtlage der Wirtschaft nicht verbessert, sondern nur verschlechtert werden kann.

Wir fragen die Regierung, ob sie bei dieser Sachlage noch weiter daran festhalten will, den Lohn- und Gehaltsabbau zu fördern?

Wir fragen weiter: Ist der Reichsregierung bekannt, dass im Verfolg der Lohnabbauaktion und durch die Haltung, die dabei von den Schlichtungsbehörden eingenommen worden ist, die tarifvertragliche Regelung der Arbeitsbedingungen bereits in grossem Umfange zerstört und damit eine wichtige Grundlage des Arbeitsrechts und der ordentlichen Wirtschaftsführung ernsthaft erschüttert worden ist? Welche Stellung nimmt die Reichsregierung dazu ein?"

SPD. Helsingfors, 11. Dezember (Eig. Dr.)

Die Entführer des finnischen Expräsidenten Stahlberg stehen seit Mittwoch vor Gericht. Angeklagt sind u.a. der frühere finnische Generalstabschef Wallenius und mehrere höhere Generalstabsoffiziere.

In der Donnerstag-Sitzung des Gerichts verlas der Rechtsvertreter des seinerzeit entführten Expräsidenten ein Schreiben, in dem auf eine Geheimkonferenz aktiver finnischer Offiziere verwiesen und festgestellt wird, dass die Offiziere sich unter Führung des Angeklagten Wallenius und eines anderen in-zwischen ebenfalls verhafteten Oberstleutnants auf die Errichtung einer Dik-

tatur geeinigt hätten. Eine der zur Errichtung dieser Diktatur vereinbarten Aktionen bestand in der Entführung angesehenen Persönlichkeiten des Landes wie Stahlberg. Seine Entführung scheiterte kurz vor der russischen Grenze, wie die Angeklagten zugaben, infolge eines Zufalls. Die eigentlichen Entführer hatten einen telefonischen Befehl aus dem Oberkommando der finnischen Armee missverstanden.

Die Gerichtsverhandlung gegen die an der Entführung Stahlbergs beteiligten Offiziere wurde am Donnerstag nachmittag unter Ausschluss der Öffentlichkeit fortgesetzt.

SPD. Im Rechtsausschuss des Reichstags kam es am Donnerstag zu einem Zwischenfall, der den Nazis gezeigt haben dürfte, dass sie sich im Reichstag nicht weiterhin unwiderrprochen als Flegel betätigen können.

Vorsitzender des Rechtsausschusses ist der Nationalsozialist Dr. Frank II, dem am Mittwoch wegen seiner fortgesetzten Beschimpfungen während seiner Rede zum Strafgesetzentwurf vom Reichstagspräsidenten Löbe das Wort entzogen worden war. U.a. hatte er dem Zentrum vorgeworfen, dass es den Katholizismus für seine schmutzigen Geschäfte missbrauche. Die Zentrumsvertreter im Rechtsausschuss beantragten deshalb am Donnerstag die Vertagung der Beratungen, weil sich ihre Fraktion erst darüber entscheiden müsse, ob es angebracht sei, weiterhin Vertreter in den Rechtsausschuss zu entsenden, solange der Abgeordnete Dr. Frank Vorsitzender dieses Ausschusses sei. Der Abgeordnete Marum (Soz) unterstützte den Antrag des Zentrums, weil es der Loyalität entspreche, den Wünschen einer grossen Partei stattzugeben.

Frank selbst äusserte sich zunächst zur Sache nicht. Aber wie er sich die Führung des Vorsitzes vorstellt, zeigte sich, als er dem Abgeordneten Dr. Marum anlässlich eines harmlosen Zwischenrufs den Ausschluss von der Sitzung androhte. Er selbst unterbrach jedoch fortgesetzt die Redner und gefiel sich darin, Zwischenreden zu halten. Erst zum Schluss der Debatte fand Frank, dass es "diplomatisch" sei, den Rückzug anzutreten. Er entschuldigte sich förmlich beim Zentrum und erklärte, dass es ihm ferngelegen habe, Mitglieder des Reichstags zu beleidigen. Trotzdem wurde mit 17 Stimmen gegen die Nazis und ihre Anhängsel, die Deutschnationalen, die Vertagung beschlossen.

SPD. Braunschweig, 11. Dezember (Eig. Dr.)

Die kommunistische Zentrale hat ihrer Bezirksleitung in Hannover die Einleitung eines Volksentscheides auf Rücktritt der gegenwärtigen Bürgerblock- und Naziregierung in Braunschweig und auf Auflösung des Braunschweiger Landtages befohlen. Es handelt sich um eine Parallelaktion zu Thüringen.

Aussicht auf Erfolg hat diese parlamentarische Kampagne der Kommunisten, die im Braunschweiger Lande eine hoffnungslose Minderheit darstellen, nicht. Bei den letzten Reichstagswahlen erhielten die Kommunisten 20 000 Stimmen, während auf die SPD über 120 000 entfielen.

SPD. Bonn, 11. Dezember (Eig. Drahtb.)

In Bonn ist es abermals zu Zusammenstössen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten gekommen. Als ein Kraftwagen mit Nationalsozialisten durch die Strassen fuhr, erfolgte aus einer Gruppe Kommunisten ein Zuruf, worauf die Nationalsozialisten vom Wagen sprangen und auf die Kommunisten einschlugen. Ein Kommunist wurde so erheblich verletzt, dass er ins Krankenhaus gebracht werden musste.

Eine nochmalige Durchsuchung der hiesigen Beethovenhalle, die am Sonntag

im Mittelpunkt der nationalsozialistischen Ausschreitungen stand, hatte das Ergebnis, dass zahlreiche geladene Revolver, Patronen, Schlagringe, Messer und ähnliche Mordinstrumente gefunden wurden. Unter den Waffenträgern der Nationalsozialisten befand sich u.a. eine Schülerin des Bonner Oberlyzeums, die eine Schreckschusspistole bei sich führte und ein Obersekundaner mit einem feststehenden Messer.

Der Regierungspräsident in Köln hat für Bonn bis auf weiteres sämtliche Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel verboten.

SPD. Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, Ortsverwaltung Stendal, veröffentlichte vor einiger Zeit einen Aufruf an seine Mitglieder, in dem zur Bekämpfung der faschistischen Gefahr in Deutschland zur Bildung eines Abwehrfonds aufgefordert wurde. Einige deutschnationale Abgeordnete des preussischen Landtags beschwerten sich in einer Kleinen Anfrage über diesen Aufruf und fragten das Staatsministerium, was es dagegen zu unternehmen gedenke, dass auf diese Weise "der innere Friede des Landes und die öffentliche Ordnung gefährdet" würden. Der preussische Minister des Innern hat die Anfrage folgendermassen beantwortet :

"Der innere Friede und die öffentliche Ordnung werden nicht durch Aufrufe, wie den des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, Ortsverwaltung Stendal, gefährdet, sondern durch die Drohungen und die beispiellose Hetze der radikalen Parteien und Organisationen. Deren Abwehr ist die pflichtgemässe Aufgabe aller staatserhaltenden Elemente. Damit erledigt sich die gestellte Frage."

SPD. Bern, 11. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die schweizerische Bundesversammlung, die von dem Nationalrat und dem Ständerat gebildet wird, hat am Donnerstag den gegenwärtigen Vizepräsidenten Hüberlin mit einjähriger Amtsdauer zum Bundespräsidenten gewählt. Vizepräsident wurde Bundesrat Motta. Hüberlin leitet das Justiz- und Polizeidepartement. Motta ist Aussenminister.

Der schweizerische Bundespräsident besitzt nach der Verfassung keine besonderen Befugnisse. Ihm obliegen in der Hauptsache Repräsentationsverpflichtungen. Ausserdem führt er den Vorsitz bei den Beratungen des Bundesrats.

SPD. Darmstadt, 11. Dezember (Eig. Dr.)

Der hessische Landtag lehnte am Donnerstag die kommunistischen und nationalsozialistischen Anträge auf Auflösung des Parlaments ab. Der Abstimmung ging eine sehr lebhafte Debatte voraus, in der es zu scharfen Zusammenstössen zwischen dem Landbund und den nationalsozialistischen Abgeordneten kam, weil der Landbund seinerzeit für die Verfassungsänderung gestimmt hat, nach der die Wahlperiode des Landtags von 3 auf 4 Jahre verlängert wird.

Annahme fand ein Gesetz zur Sicherung der Haushaltsführung der Gemeinden, das dem hessischen Innenminister das Recht gibt, in den Fällen, in denen ein Stadtrat oder ein Gemeinderat es unterlässt, die für eine ordnungsmässige Haushaltsführung in einem Rechnungsjahre erforderlichen Beschlüsse zu fassen, einen Staatskommissar zu bestellen, durch dessen Anordnungen die nach dem Gesetz von dem Stadtrat oder Gemeinderat zu fassenden Beschlüsse ersetzt werden. Der Staatskommissar ist verpflichtet, alle Ausgaben unter dem Gesichtspunkt äusserster Sparsamkeit nachzuprüfen und nach Feststellung der hierdurch notwendigen Ausgaben die Einnahmen und insbesondere die zur Deckung des Fehl-

betrages erforderlichen Steuern und sonstigen Abgaben festzusetzen. Im Laufe des Rechnungsjahres notwendig werdende Änderungen der getroffenen Anordnungen können nur von dem Staatskommissar verfügt werden. Beschlüsse des Stadtrats oder Gemeinderats, die den Anordnungen zuwiderlaufen, sind ungültig. Die Wirksamkeit des als vorübergehende Notmassnahme gedachten Gesetzes ist ausdrücklich auf die Rechnungsjahre 1930 und 1931 beschränkt, und soll für die Kreise und Provinzen entsprechend Geltung haben.

Angenommen wurde ferner ein Gesetz zur Ausführung der Reichsnotverordnung vom Juli 1930, das den Landessatz der Bürgersteuer für die Rechnungsjahre 1930 und 1931 auf den in der Notverordnung bestimmten Mindestsatz festsetzt und der Aufsichtsbehörde das Recht gibt, die Gemeinde-Biersteuer und die Bürgersteuer oder eine dieser beiden Steuern in den Gemeinden einzuführen, wenn der Stadtrat oder der Gemeinderat sich trotz bestehender reichsgesetzlicher Verpflichtungen weigert, diese Steuern zu beschliessen oder wenn es ihr nach Prüfung der Ausgaben zum Ausgleich des Haushaltes einer Gemeinde erforderlich erscheint.

SPD. Im Verlauf der Verhandlungen vor der Film-Oberprüfungsstelle verlas der Rechtsvertreter der Universal-Filmgesellschaft ein Telegramm des Präsidenten dieser Gesellschaft, in dem es heisst, dass der Remarque-Film für Deutschland im Dienste Deutschlands nach einem deutschen Buch gedreht worden sei, dass aber aus Anlass dieses Films schwierige politische Situationen entstanden seien, die die Amerikaner nicht wollen und dass sie zur Vermeidung dieser schwierigen politischen Situationen bereit seien, den Film zurückzuziehen.

+ + +
Das Reichsinnenministerium liess entgegen seiner anfänglichen Stellungnahme vor der Filmprüfstelle ebenso wie das Reichswehrministerium und das Auswärtige Amt für ein Verbot des Films "Im Westen nichts Neues" plädieren.

+ + +
Infolge des Ausgangs des Verfahrens vor der Film-Oberprüfungsstelle blieb der Berliner Mozartsaal, das Aufführungstheater des Films, wo für Donnerstag wieder sämtliche Vorstellungen ausverkauft waren, am Donnerstag-Abend geschlossen.

SPD. Paris, 11. Dezember (Eig. Drahtb.)
Der belgische Sozialist Vandervelde veröffentlicht in der Wochenschrift "Der Europäer" einen interessanten Artikel über seine Reiseeindrücke in Russland. Vergleiche man das Moskau von 1922 mit dem heutigen Stadtbild, so erklärt Vandervelde, so falle vor allem die "ungeheuer fieberhafte und wirklich eindrucksvolle Anstrengung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues" auf. Moskau gleiche einem einzigen ungeheuren Bauplatz mit seinen neuen Strassen und Siedlungen und mit seinen amerikanisch anmutenden höchst modernen Industrieanlagen. Der Fünfjahresplan sei doch mehr als eine theoretische Konstruktion, mehr als Bluff. Es stelle die grosse, mit eiserner Faust durchgeführte Bemühung dar, Russland zu einem modernen Industriestaat zu entwickeln.

Vandervelde fährt dann fort: Allerdings habe dieser Fünfjahresplan seine grossen Schattenseiten. Seine Finanzierung erfolge durch das Dumping, durch unerträgliche Steuern, durch offene oder verhüllte Inflation. Von einer eigentlichen Hungersnot sei zwar nicht zu sprechen, aber manche Lebensmittel, wie namentlich Butter, Eier und Milch, seien sehr knapp und die übrigen kosteten drei bis viermal so viel als im übrigen Europa. Der Sowjetbürger müsse sich also für mehrere Jahre noch "den Schmachtriemen aufs schärfste anziehen in der Hoffnung, dass er sich dadurch für später ein besseres Dasein verdient". Dazu komme auch, dass die Genossenschaften, die dem Arbeiter die notwendig-

sten Nahrungsmittel zuführen, nur sehr schlecht organisiert zu sein scheinen. Alles in allem sei also zu sagen, dass die Lebensbedingungen des russischen Proletariats tief, sehr tief unter denen stünden, die die europäischen Arbeiter überhaupt noch für erträglich hielten. Es sei daher die grosse Frage, ob die russischen Arbeiter und Bauern dieses Regime der Entbehrung und des Zwangs auf die Dauer aushielten. Scheitere aber der Fünfjahresplan, so meint Vandervelde, dann wäre dies eine Katastrophe für den Weltfrieden, denn der Misserfolg müsste in Russland die schärfste Reaktion ans Ruder bringen. Gelingt er aber auch nur teilweise, dann könnten die russischen Arbeiter die nötige Kraft gewinnen, um sich von diesem Regime, das keine Diktatur des Proletariats sondern eine Diktatur über das Proletariat sei, zu befreien. Es wäre also falsch, wenn man gerade jetzt wieder Russland mit einem Stacheldraht einzäunen wollte. Im Gegenteil, man müsse dem leidenden und darbenden russischen Volk zu Hilfe kommen, denn es habe noch ungeheure Anstrengungen zu machen, um ein wirklich freies Volk zu werden.

SPD. Jeder Tag bringt eine neue Entlarvung der Nationalsozialisten. Während sie in ihrer Agitation sich als die schärfsten Gegner der mühelos erworbenen Bezüge der Aufsichtsräte gebärden, sind sie im Reichstag ihre willigsten Beschützer. So haben die Sozialdemokraten neuerdings im Reichstag den Antrag gestellt, für das laufende Jahr 1930 die Aufsichtsratssteuer von 3 Prozent auf 20 Prozent zu erhöhen. Damit soll der Zustand wieder hergestellt werden, wie er bis 1925 bestand. Im Steuerausschuss des Reichstags verlangte die Sozialdemokratie die sofortige Beratung des Antrags, damit seine Durchführung noch in diesem Rechnungsjahr möglich ist. Der Antrag wurde jedoch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt, weil die Nationalsozialisten sich an die Seite der bürgerlichen Parteien stellten.

Im Steuerausschuss des Reichstags wurde am Donnerstag ein Antrag zur Abänderung der Umsatzsteuer beraten, durch den Milch, die einem Reinigungsverfahren unterzogen wird, nicht steuerpflichtig ist.

Der Ausschuss begann sodann die Beratung der Anträge auf Aufhebung und Änderung des Mineralwassersteuergesetzes. Die Debatte hierüber wird am Freitag fortgesetzt.

SPD. Köln, 11. Dezember (Eig. Drahtb.)

In eine Versammlung der Zentrumspartei der Stadt Moers drangen Nationalsozialisten in grosser Zahl ein und sprengten die Versammlung. Nachdem die Zentrumsbesucher die Versammlung verlassen und der Versammlungsleiter sie geschlossen hatte, hielten die Nationalsozialisten mit Genehmigung der Polizei eine neue Versammlung ab, die ruhig durchgeführt wurde.

SPD. Der Untersuchungsausschuss des Reichstages für die Prüfung der Roggenstützung wählte am Donnerstag Abend zu seinem vorläufigen Vorsitzenden den Abg. Tarnow (Soz). Die endgültige Bestellung des Vorsitzenden und der Schriftführer erfolgt, nachdem sich der Ältestenrat noch einmal mit der Frage befasst hat. Die erste Sitzung des Ausschusses, in der der Arbeitsplan festgelegt werden soll, findet am 16. Januar statt.

SPD. New York, 11. Dezember (Eig. Drahtb.)

Das bekannte Privatbankhaus Bank of United States mit 59 New Yorker Filialen ist am Donnerstag auf Anordnung der staatlichen Aufsichtsbehörden geschlossen worden. Die Bank, die ein Stammkapital von 25,2 Millionen Dollar besass, befindet sich in finanziellen Schwierigkeiten. Eine führende amerikanische Bankgruppe hat inzwischen beschlossen, helfend einzugreifen und 100 Millionen Dollar zur Vermeidung eines Zusammenbruchs der Bank zur Verfügung zu stellen.

SPD. Die Fürsorge für die Wohlfahrtserwerbslosen, d.h. für diejenigen Arbeitslosen, die keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung oder Krisenfürsorge haben, ist immer mehr zum Kernproblem der Gemeindefinanzen geworden. Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen im Reiche hat sich im Laufe des Jahres 1930 mehr als verdoppelt und hat die Gemeinden gezwungen, ihre Unterstützungsleistungen in der Wohlfahrtspflege herabzusetzen und auch andere notwendige Ausgaben zu drosseln. Trotzdem stehen durch das lawinenartige Anschwellen der Zahl der Ausgesteuerten die Gemeinden vor dem finanziellen Zusammenbruch und ohne ihre rechtzeitige Entlastung entstehen sowohl für die Hilfsbedürftigen als auch für die Selbstverwaltung schwere Gefahren. Grundsätzlich ist die Notwendigkeit einer Hilfe für die Gemeinden auch vom Reiche anerkannt worden, und man hat geglaubt durch Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle Berufe den Selbstverwaltungskörpern einen Teil ihrer bisherigen Lasten abnehmen zu können. Die unzulänglichen Bestimmungen der neuen Verordnung über die Krisenfürsorge, die seit dem 3. November in Kraft sind, haben aber den Gemeinden tatsächlich keine Hilfe gebracht, zumal auch der Zustrom der Ausgesteuerten zur gemeindlichen Wohlfahrtspflege unvermindert anhält.

Aus diesem Grund hat die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Fürsorge für die Arbeitslosen ohne versicherungsmässigen Anspruch grundsätzlich neu regelt. Dieser Gesetzentwurf sichert den Ausgesteuerten ausreichende Unterstützungen und wendet von den Gemeinden die Gefahr der Finanzkatastrophe ab.

Der Entwurf geht von dem Grundsatz aus, dass alle Arbeitsfähigen vom Arbeitsamt zu betreuen sind, dass also die Fürsorge für Erwerbslose nicht zu den Aufgaben der Gemeinden nach den Bestimmungen der Fürsorgepflichtverordnung gehört. Damit entfällt für den Erwerbslosen bzw. seine unterhaltsverpflichteten Angehörige die Erstattungspflicht, die heute für Empfänger von Wohlfahrtsunterstützung besteht.

Im allgemeinen legt der Gesetzentwurf die bisherigen Bestimmungen der Krisenfürsorge zugrunde, erweitert aber ihre Vorschriften zu einer besonderen Arbeitslosenfürsorge, die stets - also nicht mehr wie bisher nur in Zeiten besonders ungünstiger Arbeitsmarktlage - zu gewähren ist, wenn der Arbeitslose keinen versicherungsmässigen Anspruch hat. Deshalb bestimmt auch der hierfür massgebende § 4 des Gesetzentwurfes:

"Die Fürsorgeunterstützung wird ohne Einhaltung einer Wartezeit für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit gewährt."

Die Höhe der Fürsorgeunterstützung soll sich auch, wie bisher, in der Krisenfürsorge nach dem Arbeitsentgelt richten, doch wird hier vorgeschlagen, dass nur die mittleren Lohnklassen, also die Klassen 6, 7 und 8 für die Bemessung der Unterstützung massgebend sein sollen. Um zu verhindern, dass die Fürsorgeunterstützung nach dem neuen Gesetz etwa unter dem Unterstützungsrichtsatz der Wohlfahrtspflege liegt, ist noch folgende Bestimmung vorgesehen:

"Soweit der dem Arbeitslosen nach seiner Einstufung zustehende Unterstützungssatz den Richtsatz der am Wohnort nach den Grundsätzen der Fürsorgepflichtverordnung zu gewährenden Fürsorgeleistung unterschreitet, ist er auf diesen Betrag zu erhöhen."

Dem Charakter dieser besonderen Arbeitslosenfürsorge entsprechend ist in dem Gesetzentwurf auch eine Bedürftigkeitsprüfung vorgesehen, die sich aber nach feststehenden Grundsätzen zu richten hat. Bei Aufstellung dieser Grundsätze sind von der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion diejenigen bisherigen Bestimmungen der Krisenfürsorge ausgemerzt worden, die sich in der Praxis als untragbar für eine gerechte Arbeitslosenfürsorge erwiesen haben. Die Prüfung der Bedürftigkeit erfolgt durch die Bezirksfürsorgeverbände. Die Entscheidung darüber, ob einem Arbeitslosen Fürsorgeunterstützung zu gewähren ist, ist jedoch Sache des Arbeitsamtes. Bei Verweigerung der Unterstützung steht dem Arbeitslosen die Beschwerde im Spruchverfahren offen. Die Zusammensetzung der Spruchinstanzen erfährt jedoch insofern eine Änderung, als an die Stelle des Unternehmervertreters ein Vertreter der öffentlichen Körperschaften tritt.

Von besonderer Bedeutung ist die Frage der Aufbringung der Mittel. Hierüber bestimmt § 12 des Gesetzentwurfs folgendes :

"Von dem notwendigen Aufwand, der durch die Fürsorgeunterstützung entsteht, trägt grundsätzlich die Hälfte das Reich, ein Viertel tragen die Länder und ein Viertel die Gemeinden, in denen nach § 168 und § 169 die örtliche Zuständigkeit zur Fürsorgeunterstützung begründet ist. Uebersteigt die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Fürsorge die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung im Durchschnitt eines Monats um mehr als 50 %, so hat die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für diesen Monat ein Drittel des auf die Länder entfallenden Anteils zu übernehmen. Der auf die Länder entfallende Anteil ermässigt sich entsprechend."

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat mit diesem Initiativgesetz einen Ausweg aus dem Chaos gezeigt, in dem sich zur Zeit die gemeindliche Wohlfahrtspflege im allgemeinen und die Fürsorge für die langfristig Erwerbslosen im besonderen befindet. Es ist auch der einzig gangbare Weg zur Vereinheitlichung der Fürsorge für die Wohlfahrtserwerbslosen und der Krisenfürsorgen und man kann nur wünschen, dass ihn Reichsregierung und Reichstagsmehrheit schnellstens gehen, damit der finanzielle Zusammenbruch der deutschen Gemeinden verhindert wird.

SPD. Paris, 11. Dezember (Eig. Drahtb.)

Als dritten Kandidaten für die Regierungsbildung hat der Präsident der Republik am Donnerstag den radikalen Senator Steeg berufen. Dieser hat mit seiner Ernennung zum Generalresidenten in Marokko den Höhepunkt seiner politischen Karriere überschritten und genießt weder im Senat noch in der Kammer das nötige Ansehen, um die schwere Aufgabe zu lösen, an der seine Vorgänger gescheitert sind. Er soll auch schon dem Präsidenten der Republik erklärt haben, dass er seine Erfolgsaussichten nur gering einschätze. Trotzdem hat er seine üblichen Besprechungen zunächst mit Poincaré, Briand und Barthou aufgenommen. Man erwartet, dass er in wenigen Stunden den Beweis für die Aussichtslosigkeit seiner Bemühungen erbracht haben dürfte, um dann seinen Auftrag wieder zurückzugeben.

Steeg hat, wie übrigens zahlreiche andere Politiker, dem Präsidenten der Republik den Aussenminister Briand als den aussichtsreichsten Ministerpräsidenten in Vorschlag gebracht. Es zeigte sich aber wiederum, dass Doumergue aus Opposition gegen die Aussenpolitik Briands dessen Berufung nach Möglichkeit vermeiden will. In den Wandelgängen der Kammer hat diese Missachtung der parlamentarischen Stimmung bereits sehr scharfe Kritik gefunden und man fragt sich: ob Doumergue es auf einen Konflikt mit dem Parlament ankommen lassen wolle, obwohl ihm die schlechten Erfahrungen seines Vorgängers Millerand eine genügende Warnung sein sollten. Die Entscheidung über diese Frage wird am Freitag fallen. Nach einem Misserfolg Steegs müsste notwendigerweise Briand mit der Regierungsbildung beauftragt werden.

SPD. Das Verbot des Films "Im Westen nichts Neues" wurde mit folgender Begründung des Vorsitzenden Oberregierungsrat Seeger ausgesprochen :

"Im Gegensatz zu den Ausführungen des Rechtsvertreters der Universal Dr. Frankfurter sehe die Oberfilmprüfstelle die Anwendung des § 4 des Filmgesetzes als gegeben an, insofern, als die Behauptung eines Landes genüge, dass die Anwendung des Filmgesetzes irrig erfolgt sei. Das entspreche auch dem Werdegang des Lichtspielgesetzes; denn die Oberprüfstelle solle die Möglichkeit haben, auch die Auswirkungen eines Films vor Augen zu haben. Die Oberfilmprüfstelle habe sich dem Standpunkt von Dr. Frankfurter angeschlossen, dass es sich um eine Frage der pazifistischen Weltanschauung handle. Dann könne es aber unmöglich stimmen, dass es sich um das Schicksal von neun Freiwilligen gehandelt habe. Da es sich um Weltanschauungsfragen handle, seien die spielenden Personen Typen und nicht Einzelschicksale. Und diese Typen würden das Ansehen der Kriegsteilnehmer auf das empfindlichste verletzen. Es wäre unbestreitbar, dass es nur deutsche Soldaten wären, die jammern und schreien, während die Franzosen, die gegen den Stacheldraht anrennen, schweigend sterben würden. Im ganzen werde der Film der Gemütsverfassung der Teilnehmer am Kriege nicht gerecht. Die Oberfilmprüfstelle habe sich im übrigen dem Standpunkt des Reichsinnenministeriums angeschlossen, dass der Film die deutsche Niederlage und nicht den Krieg zeige. Er möchte, so betonte der Vorsitzende, das Volk sehen, das sich die Darstellung der eigenen Niederlage gefallen lasse. Wenn der Film weiterlaufe, so würde das Ausland sagen, dass Deutschland die Darstellung billigen würde. Im übrigen sei die Entscheidung der Ober-Filmprüfstelle nicht unter dem Druck der Strasse gefallen. Auch habe sich die Ober-Filmprüfstelle nicht von der Drohung Dr. Frankfurters beeinflussen lassen, die amerikanische Industrie würde in Verfolg des Verbots des Films sich aus Deutschland zurückziehen. Das Verbot erfolge wegen der Gefährdung des deutschen Ansehens im Auslande."

SPD. Wien, 11. Dezember (Eig. Drahtb.)

Finanzminister Dr. Juch legte dem Nationalrat am Donnerstag den Haus-
haltsplan für 1931 vor und begründete ihn in längeren Ausführungen.

Die gesamten Ausgaben sind mit 2 130 $\frac{1}{2}$ Millionen Schilling, das sind 1280 Millionen Mark, die Einnahmen mit 2166 Millionen Schilling veranschlagt, sodass sich ein Ueberschuss von 35 $\frac{1}{2}$ Millionen ergibt. Für Investitionen sind 171 $\frac{1}{2}$ Millionen vorgesehen. Davon werden 136 Millionen aus der internationalen Anleihe gedeckt. 35 Millionen sollen aus den Ueberschüssen gedeckt werden. Die Einnahmen sind um 185 Millionen höher als im vorigen Jahr, die Ausgaben um 181 Millionen.

SPD. Braunschweig, 11. Dez. (Eig. Dr.)

In der Unterlassungsklage des Naziministers Franzen gegen den sozialdemokratischen "Volksfreund" hat das Landgericht Braunschweig die nochmalige Vernehmung der Berliner Polizeibeamten angeordnet, die Franzen nach den Krawallen in der Leipzigerstrasse dienstwidrig beeinflussen wollte. Ausserdem sind die Beamten zu der Berufungsverhandlung in Sachen der einstweiligen Verfügung gegen den "Volksfreund" zum 18. Dezember nach Braunschweig geladen.

SPD. Der Reichsminister des Innern hat unter dem 4. Dezember an den thüringischen Minister des Innern ein Schreiben gerichtet, in dem er dessen Antrag auf Durchführung der Artikel 177 und 178 des Vertrags von Versailles wie folgt beantwortet :

"Der mir mit dem Schreiben abschriftlich übersandte, den Verfasser nicht kenntlich machende Polizeibericht betrifft ähnliche Vorgänge, wie ich sie Ihnen bereits mit Schreiben vom 10. Juni 1930 mitgeteilt habe. Ebenso wie damals durch den mir mit Ihrem Schreiben vom 21. Juni 1930 übermittelten Bericht der Kriminalabteilung des Polizeiamts Gotha vom 6. Juni 1930 bestätigt worden ist, dass die Nationalsozialisten in Uniform mit Tornister, Lederzeug und Brotbeutel ausmarschiert sind, auf dem ehemaligen Exerzierplatz des I. Bataillons Infanterie Regiment Nr. 95 auf dem Krahnberg, Gemeinde Trügleben, Bewegungsübungen in Abteilungen durchgeführt und dann noch einen Appell abgehalten haben, wird jetzt berichtet, dass das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold entsprechendes unternommen hätte. Sie haben damals den Standpunkt eingenommen, dass ein solcher in Bundeskleidung vorgenommene Ausmarsch und die damit verbundenen Bewegungsübungen, Appelle usw. keinen Anlass zum Einschreiten auf Grund des Versailler Vertrages böten. Nach dem bisher vorliegenden Bericht muss ich den vorliegenden Fall als völlig gleichliegend ansehen. Insbesondere ist mir bisher nicht dargelegt worden, inwiefern zwischen den damals als "Bewegungsspielen" bezeichneten Übungen geschlossener Abteilungen und den jetzt als "Gefecht" bezeichneten Übungen ähnlicher Art ein Unterschied bestehen soll.

Bevor ich in der Sache eine Entscheidung treffe, ersuche ich daher zunächst um Angabe, ob und welche weiteren Tatsachen dafür vorliegen, dass es sich um ein Gefecht gehandelt hat und ob ausser der Ausrüstung mit Brotbeutel und Hörnern irgend eine militärische, auf Kampf berechnete Ausrüstung wahrnehmbar war. Schliesslich ersuche ich um Übersendung des mit Unterschrift versehenen Originalberichtes sowie um Angabe derjenigen Personen, die den vorliegenden Bericht auf Grund eigener Wahrnehmung erstattet haben und bereit sind, diese Angaben nötigenfalls auch zeugeneidlich zu erhärten.

Ich bitte um tunlichste Beschleunigung, da ich mir auf Grund der bisherigen Angaben kein Bild davon machen kann, ob es sich hier lediglich um die sogenannte wehrsportliche Tätigkeit der auch von allen anderen Verbänden und insbesondere dem Stahlhelm und den Nationalsozialisten geübten und bisher auch in Thüringen nicht beanstandeten Art handelt oder ob der gestellte Antrag wirklich darauf abzielt, die Massnahmen zu treffen, die der Herr Thüringische Minister des Innern zur strikten Durchführung des Versailler Vertrages für erforderlich hält.

Zum Schluss kann ich nicht umhin, mein Befremden darüber auszudrücken, dass Sie es für angezeigt gehalten haben, bevor ich in der Sache eine Entscheidung treffen konnte, die vorliegende Anzeige wegen Nichterfüllung des Versailler Vertrags der Öffentlichkeit und damit zugleich der Kenntnissnahme der ehemaligen Feindbundmächte zu unterbreiten. Ein derartiges Verhalten ist bisher von keinem deutschen Minister geübt worden."

SPD. Weimar, 11. Dezember (Eig. Drahtb.)

Im Thüringischen Landtag zeigten sich die Nazis am Donnerstag wieder einmal als Feinde der Hilfsbedürftigen.

Um den Hilfsbedürftigen, die sich in einer besonderen Notlage befinden, eine einmalige Unterstützung gewähren zu können, hatte die sozialdemokratische Landtagsfraktion einen Antrag eingebracht, nach dem auf die einzelnen Bezirksfürsorgeverbände 1 Million Mark verteilt werden sollten. Da nach der Verfassung keine Ausgaben ohne Deckung beschlossen werden dürften, hatte die SPD zugleich beantragt, zur Deckung dieser Million Mark die Gewerbesteuer aus dem Ertrag von allen Gewerbebetrieben, die mehr als 9500 Mark Einkommen jährlich haben, um 1% zu erhöhen. Der Landtag bewilligte zwar die eine Million mit den Stimmen der SPD, KPD und der Nazis, lehnte aber den Deckungsvorschlag ab. Die Kommunisten forderten zum Zwecke der Deckung das Gehalt der Beamten über 8000 Mark zu streichen. Dieser Antrag wurde ebenfalls abgelehnt. Die Nazis

forderten die Lohnsummensteuer für die Arbeiterkonsumvereine und Warenhäuser, die in diesem Jahre auf Verlangen der Nationalsozialisten erst eingeführt worden ist und 6 % der Lohnsumme beträgt, auf 24 % der Lohnsumme zu erhöhen. Um ihren demagogischen Antrag besser gegen die Linksparteien ausschlagen zu können, verlangten sie getrennte Abstimmung über ihren Deckungsvorschlag. Erst sollte über die Erhöhung der Lohnsummensteuer für die Warenhäuser, dann über die Erhöhung der Lohnsummensteuer für die Arbeiterkonsumvereine abgestimmt werden.

SPD und KPD erklärten übereinstimmend, dass sie dem demagogischen Antrag der Nazis ihre Zustimmung nicht geben könnten. Ein Vertreter der SPD wies besonders noch darauf hin, dass sie für eine stärkere Heranziehung des Besitzes selbstverständlich jederzeit zu haben sei, dass sie aber einer so einseitigen Massnahme, wie sie von den Nazis verlangt werde, ihre Zustimmung nicht geben könne, weil durch die Annahme dieses Antrages die Arbeitslosigkeit in Thüringen noch mehr steigen werde. Die deutschen Warenhäuser hätten z.B. bereits angedroht, dass sie der Thüringer Industrie keine Aufträge mehr zukommen lassen würden. Lohndruck und Arbeiterentlassungen seien die Folgen.

Der Nazi-Antrag wurde schliesslich abgelehnt. Dafür stimmten nur die Nationalsozialisten, SPD, KPD und Volkspartei dagegen, Landbund, Wirtschaftspartei und Deutschnationale enthielten sich der Stimme. Als die Nazis dann darauf aufmerksam gemacht wurden, dass sie am 9. Dezember im Reichstag gegen eine einmalige Steuer der grossen Vermögen über 500 000 Mark, einer Sondersteuer der Einkommen über 50 000 Mark, ferner gegen eine Sondersteuer der Dividenden und Aufsichtsratsstantiemen gestimmt hätten, erklärte der Redner der Nationalsozialisten, das sei eine Sonderbesteuerung und eine Wegnahme des Kapitals und das machten sie nicht mit. Sie seien für die Erhaltung des Privatkapitals.

Die Regierung wird den angenommenen sozialdemokratischen Antrag nicht durchführen, weil für ihn keine Mittel bewilligt worden sind.

SPD. Peking, 11. Dezember (Eig. Drahtb.)

Wegen angeblicher Verschwörung gegen das Leben des Präsidenten Tschiang-kaischek wurden in Hankau sogenannte Kommunisten und ein 18jähriges Mädchen von der Polizei verhaftet und am Donnerstag standrechtlich hingerichtet. Nach dem Polizeibericht sollen sie, 11 an der Zahl, ihre Attentatspläne zugegeben haben.

In Nord-Kwangtung ist eine Armee von 10 000 Plünderern eingedrungen. Die Stadt Namyung wurde von den Banden eingenommen. Alle Behörden sind geflohen.

SPD. Rom, 11. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der tägliche Bericht vom Kampfplatz der Preissenkung verzeichnet am Donnerstag die Meldung, dass der Präfekt der Provinz Rom neuerdings 26 Geschäfte wegen Uebertretens des Höchstpreises hat schliessen lassen. Ferner hat der Gouverneur von Rom am Donnerstag eine Verordnung erlassen, durch die dem Spiel der Händler mit der besseren Qualität der Waren, die nicht billiger werden könnten, ein Ende gemacht werden soll. Danach sollen die Händler, wenn sie keine zweite Qualität führen, die erstklassigen Waren zu dem gleichen Preise verkaufen, die für die billigeren Qualitäten vorgeschrieben sind.

Die Praxis zeigt sich aber als sehr viel hartnäckiger als alle Verordnungen auf dem Papier. Ueberhaupt ist die ganze Preispolitik voller Widersprüche.

Reichstagsstimmungsbild.

SPD. Berlin, 11. Dez. (Eig. Bericht)

Die sozialdemokratische Offensive im Parlament und im Lande gegen die Nationalsozialisten hat diese Partei in die Verteidigung gedrängt. Im Reichstag, wo die Nationalsozialisten weder mit Stinkbomben noch mit Tanzmäusen noch mit Blindschleichen arbeiten können, wird immerhin ein Mindestmass von geistiger Anstrengung und anständiger Aufführung von ihnen verlangt. Das zu leisten ist ihnen unmöglich. Darum haben sie am Donnerstag durch ihren Vizepräsidenten Stöhr erklären lassen, sie würden in Zukunft bei jeder Rede eines Marxisten aus dem Saale hinausgehen. Diese bösen Marxisten nämlich, einerlei ob Sozialdemokraten oder Kommunisten, hätten aus purer Angst den Willen, die gutmütigen Nationalsozialisten zu provozieren, um dem deutschen Volke den natürlich ganz irrigen Glauben beizubringen, die Nationalsozialisten seien Skandalmacher. Das wollten die Nationalsozialisten aber nicht auf sich sitzen lassen, und da sie nicht dafür garantieren können, ob nicht doch wieder einige Pathologen ihrer Fraktion in Tobsuchtsanfälle geraten, wenn ein Sozialdemokrat spricht, ziehen sie es vor, gemeinsam auszureissen. Ein Kommunist rief dem Präsidenten zu, man möge eine Rolltreppe auf der rechten für die Nazis einbauen, damit der Auszug und der Wiedereinzug rascher vor sich gehe.

Gleich am ersten Tage klappten die Kommandos zum Ausmarsch schlecht. Als nach Stöhrs feierlichem Schwur unmittelbar ein Kommunist zur Geschäftsordnung sprach, mussten die Nazis durch die Marxisten daran erinnert werden, dass sie eben erst gelobt hätten, hinauszugehen. Bei einem der nächsten Ausmärsche erhob sich ein Kommunist segnend: "Zieht in Frieden eure Pfade, mit euch des grossen Adolf Gnade". Der Sozialdemokrat Stelling meinte später, niemand werde gegen den Auszug der Nationalsozialisten etwas einzuwenden haben, denn von hinten sähen sie immerhin menschlicher aus als von vorn. Als die Nationalsozialisten bei den Abstimmungen vorsichtig wieder hereinkamen, mussten sie sich verhöhnen lassen: "Achtung! Schnell hinaus, ein Marxist spricht". Denn in der Tat mussten sie ihren Eid schon brechen, um den marxistischen Reichstagspräsidenten während der Abstimmungen anzuhören. Dass übrigens die Nationalsozialisten nicht etwa durch die bösen Marxisten herausgefordert werden, sondern ihre Hemmungslosigkeit und Ungezogenheit die Radauauftritte hervorruft, zeigte sich in der Donnerstags-Sitzung von neuem. Während der Aussprache über die Hochwasserkatastrophen, also eine wirklich unpolitische Angelegenheit, widersetzt sich der nationalsozialistische Abg. Kasche dem amtierenden Vizepräsidenten Esser, der doch kein Marxist ist, und es musste ihm das Wort entzogen werden. Goebbels, der im Reichstag jetzt "Kammerjäger" heisst, benahm sich bei dieser Gelegenheit so rüpelhaft, dass ihn der Vizepräsident aus dem Saal hinauswies. Also keinerlei marxistische Herausforderung. Die Nationalsozialisten können eben beim besten Willen einiger ihrer koalitionsreifen Führer einstweilen ein gesittetes Betragen nicht entwickeln.

Das Haus beriet in zweiter Lesung ein von den Regierungsparteien beantragtes Initiativgesetz zur vorübergehenden Regelung der gewerbsmässigen Stellenvermittlung. Es will den gewerbsmässigen Stellenvermittlern im allgemeinen die Möglichkeit geben, ihren Betrieb noch bis zum 31. März fortzuführen. Der Gesetzentwurf wurde nach kurzer Aussprache angenommen.

Eine längere Debatte entwickelte sich über den Bericht des sozialpolitischen Ausschusses, der vorschlägt, dass am 24. Dezember alle Läden um fünf Uhr, alle Gastwirtschaften um sieben Uhr geschlossen werden sollen. Um eine Umgehung dieser Bestimmungen zu verhindern, sollen in Zukunft die Arbeiter und Angestellten höchstens bis eine halbe Stunde nach Laden- oder Geschäftsschluss mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt werden können. In der namentlichen Abstimmung wurde mit Hilfe der Nationalsozialisten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten festgelegt, dass für Blumengeschäfte der Ladenschluss auf sechs

Uhr ausgedehnt wird. Bei den Gastwirtschaften werden diejenigen Betriebe ausgenommen, die Reiseverkehr und Beherbergung haben.

Der frühere Ladenschluss am Weihnachts-Heiligabend ist im Vorjahre auf Antrag der Sozialdemokratie beschlossen worden. Auch die diesjährigen Verbesserungen wurden im Ausschuss hauptsächlich von der Sozialdemokratie verfochten. In der Donnerstag-Sitzung des Reichstags wurde der sozialdemokratische Standpunkt durch die Abg. Frau Reitze begründet. Die Vertreter der Wirtschaftspartei, der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums sprachen gegen den früheren Ladenschluss am Heiligen Abend. In ähnlichem Sinne auch der bayerische Abg. Schwarzer. Bei der Abstimmung erhoben sich eine Reihe von Zentrumsabgeordneten unter Führung von Esser-Euskirchen gegen die Erweiterung der Ruhe am Weihnachts-Heiligabend. Im Laufe der Debatte gab der Nationalsozialist Stöhr eine Erklärung ab, die eine Entschuldigung seines Fraktionskollegen Dr. Fränk II. vor der Zentrumsfraktion war. Die Nationalsozialisten dächten nicht daran, der katholischen Kirche schmutzige Geschäfte vorzuwerfen. Das Zentrum hörte die Verlesung dieser Erklärung, die anmutete wie die Entschuldigung eines ungezogenen Schuljungen, schweigend an.

Es entwickelte sich dann eine längere Aussprache über die Hochwasserkatastrophen insbesondere in Ostdeutschland. Der Nationalsozialist Kasche hielt eine Kraut- und Rübenrede und war nahe daran, die Polen für das Hochwasser und seine Folgen verantwortlich zu machen. Immer wieder bemühte sich der Vizepräsident Esser, den aufgeregt gestikulierenden und schreienden Jüngling auf das Thema der Tagesordnung zurückzubringen. Als dem Vizepräsidenten das nicht gelang und Kasche immer wieder sich dem Präsidenten widersetzte, wurde ihm das Wort entzogen. Die Folge war viele Minuten dauerndes Toben und Geschrei bei den Nationalsozialisten, die den folgenden Zentrumsredner Ehrhardt niederzubrüllen versuchten. Einer der Nationalsozialisten schrie ständig in höchster Aufregung, dass Pilsudski die deutsche Minderheit nicht so sehr vergewaltigt wie der Reichstag die Nationalsozialisten. Im Laufe der Aussprache schilderte der sozialdemokratische Abg. Stelling eingehend die Notstände in Schlesien und am Rhein. Er brachte Material dafür bei, dass schon vor einem Vierteljahrhundert die königlich preussische Regierung nicht das für den Ausbau des schlesischen Wasserschutzes getan habe, was notwendig gewesen sei und führte dann im einzelnen an, was zur Verhütung fernerer Katastrophen im Osten geschehen müsse.

Einstimmig angenommen wurde eine Entschliessung, die von der Regierung ausreichende Mittel für eine umfassende Notstandaktion und zur Vermeidung der Wiederkehr solcher Katastrophen die Vollendung der im Gange befindlichen Wasserbauten verlangt.

Im weiteren Verlauf der Aussprache zeigte der Nationalsozialist Brückner in der Pose eines Marktschreiers eine Soldatenratsbinde vor, die angeblich der bayerische Bauernbündler Gandorfer während der Novembertage getragen hat. Gandorfer stellte fest, dass er niemals eine solche Binde im Besitz gehabt oder getragen habe. Selbstverständlich hielt der Nationalsozialist unter grossem Hallo seiner Fraktions-Radaubröder die Behauptung aufrecht.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung für Freitag gab es die übliche Geschäftsordnungsdebatte. Wieder forderten Deutschnationale und Nationalsozialisten gemeinsam, dass über die Misstrauensanträge gegen Curtius, Wirth und Treviranus und über die Anträge auf Aufhebung des Republikschutzgesetzes beraten werden. Sie drangen aber mit ihren Anträgen nicht durch. Merkwürdigerweise haben es die Nationalsozialisten mit allen möglichen Anträgen eilig, nur nicht mit ihrem Antrag auf Enteignung der Bank- und Börsenfürsten. Er schlummert ruhig in den Reichstagsdrucksachen.

Nächste Sitzung Freitag. Auf der Tagesordnung stehen u.a. die Interpellationen über die Grubenunglücke.

Glossen

E R S C H E I N T N A C H B E D A R F

Vom Narrentum.

SPD. General Ludendorff hat eine Broschüre veröffentlicht "Weltkrieg droht". Er hat darin drastisch die Schrecken und die Gefahren eines neuen Weltkrieges auseinandergesetzt und die vollkommene Ohnmacht Deutschlands dargelegt. Soweit die Broschüre sich auf militärisch-strategische Betrachtungen bezieht, scheint sie einleuchtend. Aber wie kommt Ludendorff dazu, diese Position einzunehmen, was ist der eigentliche Zweck seiner Darlegungen? Man liest in diesem Buche :

"Die Wirkung der Fliegerangriffe öffnen den Deutschen die Augen über ihre tatsächliche Lage und das sich ihnen nahende Verhängnis. Sie erinnern sich an meine Warnungen vom Herbst 1930. Ihr Zorn beginnt sich gegen die Urheber der Revolutionierung des Heeres und der Revolution von 1918, gegen die Führer der Linksparteien und römischen Parteien zu richten, die einst die Revolution gemacht und bei der Entwaffnung Deutschlands mitgeholfen haben. Aber das Volk richtet sich auch gegen die militärischen Führer, die durch die Revolution im Hauptquartier in Spa, die Einführung der Soldatenräte im Heere und ihre weitere Betätigung die Entwaffnung Deutschlands ermöglicht haben. Dann aber wendet sich der Zorn nicht minder gegen die "nationalistischen" Führer der Rechtsparteien und Wehrverbände, die jahrelang hindurch die Hoffnung des Volkes auf die Möglichkeit eines Freiheitskrieges durch aussenpolitische Machenschaften, in Sonderheit durch das Bündnis mit Italien und England und mittelbar mit Sowjetrußland, lenkten. Vor allem äussert sich die Volkswut gegen die überstaatlichen Drahtzieher: Juden, Freimaurer und Beamten der christlichen Kirchen, trotz deren schönen Reden. Sie trifft auch die Schriftleiter der Zeitungen, die dem Volk pazifistische "Erfüllungspolitik" oder kriegerische "Bündnispolitik" als Rettung statt als Fluch hingestellt haben. Wie Schuppen fällt es nun in der Stunde des Unterganges den Deutschen von den Augen. Die Reue, wieder einmal nicht auf mich gehört zu haben, kommt zu spät."

Weil das deutsche Volk nicht auf Ludendorff hören wollte, muss es zur Strafe mit der vollständigen physischen Vernichtung durch den Krieg bestraft werden! Es ist eine Mischung aus Größenwahn und Sadismus, die hier zutage tritt. Ludendorff wünscht insgeheim den Krieg, damit die, die nicht an ihn glauben, von ihm verschlungen werden, alle miteinander von den Kommunisten bis zu den Nationalsozialisten, damit Ludendorff als der einzig Gerechte in Deutschland übrig bleibt.

Es ist Wahnsinn! Aber nimmt man nur eine Stufe hinweg, nämlich die physische Vernichtung auch der Nationalsozialisten - so ist es im Grunde die gleiche Denkweise, die die Nationalsozialisten beseelt. Wahnsinn hier und Wahnsinn da. Und da nun einmal das politische Narrentum in Deutschland wieder Trumpf ist, kann auch Ludendorff mit Recht sich wieder produzieren!

Legendenbildung.

Die Hitlerlegende soll durch das Buch eines Autors verstärkt werden, deren echt deutschen Namen E. Czech-Jochberg führt. Im schwülstigsten Marlittstil werden darin die Heldentaten des Herrn Hitler erzählt, vorzugsweise die, die er nicht getan hat. Die Peinlichkeiten der Szenen vor der Feldherrnhalle, wo der grosse Adolf vor Angst auf dem Bauche gelegen hat, werden mit der schon bekannten Lüge überdeckt, er habe einen Jungen aus dem Feuer getragen. Was in der Schilderung dann folgt über die Art und Weise der Flucht Hitlers ist so

sehr Pubertätsphantasie, dass jeder ernsthafte Verlag sich gescheut hätte, ein solches Buch zu drucken.

Man muss fragen: Welcher Verlag diese Hitlerlegende übernommen hat? Es ist der Verlag Gerhard Stalling in Oldenburg. In dem Prospekt, den dieser Verlag über dies Buch verschickt, wird die Veröffentlichung ausdrücklich begründet, die Begründung aber ist im wesentlichen eine Stellungnahme für Hitler, für die Hitlerlegende, für den Nationalsozialismus.

Es ist gut, dass man bei jedem Verlag weiss, woran man ist, und wen der Käufer der Bücher des Verlages unterstützt. Dieser Verlag hat also eine ausgesprochene politische Einstellung für den Nationalsozialismus ausdrücklich bekundet!

Hakenkreuzler werden begünstigt.

In Wasserburg am Inn wurden bei einem Kommunistenführer Waffen entdeckt. Der Kommunistenführer selbst flüchtete. Eine grosse Anzahl Beteiligte wurde ermittelt und verhaftet.

In Rosenheim in Bayern wurden kurz zuvor bei dem Notar und Stadtrat Adam, einem Hakenkreuzführer, ebenfalls Waffen entdeckt. Adam spaziert nach wie vor in voller Freiheit umher, es hat niemand daran gedacht, ihn zu verhaften.

Wenn Kommunisten Waffen haben, ist es ein Verbrechen, wenn es sich um Hakenkreuzler handelt, ist es harmlos.

Der Vergleich drängt sich unwillkürlich auf: Genau so war es in Bayern im Jahre 1923 vor dem Hitlerputsch.

Drohende Inquisition.

Im Gotteslästerungsprozess Gross wurden zwei katholische Sachverständige gehört, die einander widersprachen. Der eine war ein katholischer Redakteur. Sein Gutachten hat das Missfallen der katholischen Presse erregt. Und so lesen wir im "Bayerischen Kourier":

"Dabei bedarf einer näheren Beachtung das Urteil des katholischen Redakteurs. Es handelt sich um den Feuilletonredakteur der "Rhein-Mainischen Volkszeitung" Walter Dirk... Dirks Haltung hat schon anlässlich der früheren gerichtlichen Verhandlung des Falles Gross im ganzen katholischen Deutschland Kopfschütteln und höchstes Befremden erregt."

Man wird abwarten müssen, ob dieser öffentlichen Abrüffelung nun weitere Schritte gegen den katholischen Feuilletonredakteur der "Rhein-Mainischen Volkszeitung" nachfolgen werden.

Treudeutsch!

Der Grossdeutsche Jugendbund will das Vaterland gemeinsam mit den Rechtsverbänden retten. Sein Glanzpunkt ist seine Kölner Ortsgruppe. Sie unternahm eine Wallfahrt nach Doorn, allwo sie Wilhelm von Doorn Treue bis zum Tod gelobte. Sie hat auch einen Führer, der seinerzeit die Jünglinge zu Wilhelm führte und die Treue schwur. Weil es ein Jugendbund ist, ist dieser Führer 63 Jahre alt. Seine Treue gegen die Jugend war so stark, dass er wegen schweren Vergehens gegen § 175 vors Gericht kam. Er soll ihm anvertraute Knaben auf das schwerste missbraucht haben. Nur dem Umstand, dass in der Verhandlung das Gericht durch das Gewirr der Aussagen nicht hindurchblicken konnte, verdankt er es, dass er wegen Mangels an Beweisen freigesprochen wurde.

Welch ein Schlag für Wilhelm! Schon wieder ist einer, der ihm Treue bis in den Tod geschworen hat, über den Paragraphen 175 gestolpert.

Aus aller Welt

Rudelsburg - Promenade 17.

Die geheimnisvolle Gasexplosion in Bad Kösen - Unfall oder Verbrechen?

SPD. Vor dem Schwurgericht Naumburg schwebt z.Zt. ein aufsehenerregender Prozess gegen den Kaufmann Menzel aus Bad Kösen, der beschuldigt wird, der Urheber der am 5. September in Bad Kösen erfolgten Gasexplosion zu sein, durch die ein Haus in der Rudelsburg-Promenade zum grossen Teil zerstört wurde. Der Angeklagte beteuert seine Unschuld.

Bad Kösen schlummert. Silberne steht der Mond über der glitzernden Saale, über der Rudelsburg und über Saaleck, den Burgen auf den Bergen und über den Gräbern der Rathenau-Mörder unten im Tale. Leise tropft und rauscht das Gradierwerk. Da plötzlich brüllt donnerndes Getöse durch die friedliche Stille der Nacht. Erschreckt springt alles aus den Betten. Unheimlich lautlos verstreicht die nächste Minute. Dann zerreißen gellende Hilferufe die Stille aufs Neue. Heulend klingt die Feuersirene durch das kleine Städtchen. Das Haus Rudelsburg-Promenade 17 ist in die Luft geflogen.

Im Nu ist alles, was laufen kann, an der Unglücksstelle. Die ganze Vorderfront ist weggebrochen. Der Blick schweift tief ins Innere des Gebäudes. Eine gewaltige Stichflamme steigt aus dem Keller auf und leckt hinauf bis zum Giebel des dreistöckigen Hauses, mit ihrer sengenden Hitze schnell alles in Brand setzend.

Rettet die Menschen!

Der untere Teil des Treppenhauses ist vollständig zerstört. Mit Leitern muss man die Menschen aus den oberen Stockwerken herausholen. Nur notdürftig bekleidet, schlotternd vor Todesangst, kommen sie herunter geklettert. Im ersten Stock wohnt der Herr Pastor. Seine Stütze, Gerda, ist vom Druck der Explosion aus dem Bett geschleudert worden und dann im Nachthemd geflüchtet. Als sie durch das Studierzimmer rennt, bricht dieser Teil des Gebäudes zusammen. Mit all den Möbeln und einstürzenden Wänden saust das Mädel bis herunter in den Keller. Wie durch ein Wunder bleibt sie jedoch fast unversehrt. Kleine Brandwunden und Hautabschürfungen sind die einzigen Verletzungen, als sie von mutigen Rettern aus den Trümmern geholt und ins Nachbarhaus gebracht wird.

Im Dachgeschoss wohnt ein Postschaffnerhepaar; schon vor der Katastrophe bemerkten die Leute Gasgeruch im Haus. Mit versengten Haaren und Hemden und Brandwunden am ganzen Körper retten sie sich und ihre beiden Kinder über eine Veranda. Am schwierigsten gestaltet sich die Rettung des Pfarrers und seiner Frau. Der grösste Teil der Pfarrwohnung ist zusammengestürzt. Immer stärker von den um sich greifenden Flammen bedroht, steht vorläufig nur noch das Schlafzimmer. Man stellt eine Leiter an: "Herr Pastor, schnell! Hier ist eine Leiter!" ruft eine ängstliche Stimme. "Wir können noch nicht" antwortet der Seelenhirte "meine Frau ist noch nicht fertig angezogen!"

Der Verdacht.

Schliesslich sind alle in Sicherheit. Wie eine Fackel leuchtet das lichterloh brennende Haus in die Nacht. Und nachdem die Spannung der Gefahr vorüber ist beginnt das Misstrauen des Verdachts umher zu schleichen. Ist die Explosion ein Unglück? Ist sie auf ein Verbrechen zurückzuführen? Ohne dass er es bemerkt, steht der Besitzer des Hauses, der in den letzten Monaten plötzlich verarmte

Kaufmann Menzel, im Mittelpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit. Seine Familie ist am Tage vorher verreist. Er war allein im Erdgeschoss, das am stärksten zerstört ist. Er selbst konnte fast unversehrt entkommen. Er hat sogar Zeit gehabt, noch einen Anzug überzuwerfen. Ueber das Nachthemd, sagt er. Und die Bank- und Sparkassensbücher konnte er ebenfalls retten. Aber als eine knappe Minute nach der Explosion die ersten Helfer eintrafen, war er schon angekleidet im Hofe. Merkwürdig! denkt der Landjäger und beschliesst, die Augen offen zu halten. Doch er entdeckt nichts. Nur das Funkeln eines goldenen Kragenknopfes im Feuerschein bleibt im Gedächtnis hängen...

Beweise? Beweise?

Das alles war in der Nacht zum 5. September. Am andern Morgen schon beginnen die Versicherungsgesellschaften und die Polizei zu arbeiten. Es stellt sich heraus, dass Menzel durch Konkurse seiner Schuldner und sonstige Verluste ein armer Mann geworden ist, dass selbst das Vermögen seiner einzigen 23jährigen Tochter so gut wie verloren war. Und dass ihm Gelegenheit geboten war, sich anderwärts eine neue Existenz aufzubauen. Doch war er ohne jeden Pfennig Bargeld. Und das Haus war mit 38 000, die Möbel waren mit 20 000 Mark versichert, denen nur 30 000 Mark Belastung gegenüber standen.

Da werden bei den Aufräumungsarbeiten zwei sensationelle Funde gemacht. In der Gaszuleitung im Keller des verbrannten Hauses fehlt der Ventilkegel des Hauptabsperrhahnes. Man findet ihn im Schutt. Unweit davon liegt eine Rohrzange deren Backen auf die gelöste Mutter der Schraube am Ventilkegel passen. Und da der automatische Druckschreiber der Kösemer Gasleitung ungefähr eine Stunde vor dem Unglück ein plötzliches starkes Nachlassen des Druckes anzeigt, scheint die Beweiskette geschlossen: der Ventilkegel ist mutwillig herausgenommen worden und als genug Gas ausgeströmt war, wurde so die Explosion ausgelöst. Wer ausser Menzel konnte Interesse an ihr haben? Am 9. September wird er verhaftet.

Auf der Anklagebank.

Vor dem Schwurgericht in Naumburg hat sich Menzel unter der Anklage der Brandstiftung und des versuchten Versicherungsbetruges zu verantworten. Feierlich erklärt der Angeklagte zu Beginn seiner Vernehmung: "Ich habe mit dem Verbrechen, das mit zur Last gelegt wird, nichts zu tun!" -

Menzel ist jetzt 51 Jahre alt. Er schildert sein Leben. Gelbgiesser hat er gelernt, sattelte aber bald um und wurde Kaufmann. Ein Menschenleben lang war sein wichtigstes Streben die Sicherung seiner einzigen Tochter. 70 000 Mark konnte er ihr 1928 auf ein eigenes Konto überschreiben lassen. Dann ist alles wieder zerronnen. Er stand fast vor dem Nichts. Das Haus war der einzige reale Wert, der ihm und seiner Tochter geblieben war. Wollte er es in Geld umsetzen, um erneut anfangen zu können? - Wie er die Ereignisse der Unglücksnacht schildert, klingen sie reichlich unwahrscheinlich, aber nicht unmöglich. Die Beweisaufnahme ist endlos. Uebereinstimmend sind die Sachverständigen, darunter der Branddirektor der Stadt Berlin, Tamm, der Meinung, dass der Kegel des Absperrhahnes mutwillig abgeschraubt und herausgeschlagen worden ist. Im übrigen stützt gerade der letztgenannte Sachverständige, soweit sich sein Gutachten mit der Explosionswirkung befasst, die Darstellung des Angeklagten.

Geheimnis um einen Kragenknopf.

So scheint ein glänzender Freispruch sicher - wenn die Sache mit dem Kragenknopf nicht wäre. Menzel will nämlich durch die Explosion aus dem Bett geflogen, im Nachthemd schnell in den Anzug geschlüpft und dann durch die zertrümmerte Veranda ins Freie gelangt sein. Das Nachthemd war ausgeschnitten. - Doch zehn Zeugen, darunter der Landjäger und auch sonst Leute, die wissen, was sie sagen, zehn Zeugen beschwören, dass Menzel ein Oberhemd ohne Kragen anhatte. Ihnen allen ist im oberen Bündchen, das geschlossen war, der goldene Kragenknopf aufgefallen, der ab und zu im Feuerschein aufblitzte. Wenn aber Menzel im Oberhemd war, dann stimmt seine Schilderung nicht, dann war er zur Zeit der Explosion nicht im Bett, nicht im Schlafzimmer...

+ + +

Ein eigenartiges Diebstahlsubjekt. Auf der Eisenbahnstrecke in der Nähe von La Rochelle (Frankreich) versagten plötzlich sämtliche Signalvorrichtungen, sodass die auf der Strecke fahrenden Züge keine Durchfahrt erhielten und anhalten mussten. Sofort angestellte Untersuchungen ergaben, dass Diebe bei dem Ort Fontenay-le-Compte die Signaldrähte in einer Länge von 100 Metern durchgeschnitten und forttransportiert hatten. Der Zugverkehr erlitt eine empfindliche Störung, da die in Frage kommende Strecke stark befahren wird.

+ + +
Der Löwe als Pensionär. Ein böses Abenteuer hatte ein Pariser Buchhändler zu bestehen, dem gute Freunde, ehe sie sich zu einer längeren Reise aufmachten, einen kleinen Löwen zur Pflege übergaben. "Er ist so lieb", sagten die Freunde ein übers anderemal, "sehen sie er gibt sogar Pfötchen". Der Buchhändler, der in dem Vieh eine gute Reklame sah, nahm den jungen Wüsterkönig freudig zu sich. Die Zeit verging und die "Eltern" des Löwen kamen nicht zurück. Der Löwe hing an wuchs und gedieh von Tag zu Tag. Bald gab er keine Pfötchen mehr, sondern teilte furchtbare Tatzenschläge aus und riss dabei sein Maul in nicht misszuverstehender Weise auf. Der Buchhändler sperrte das Vieh darauf in ein Zimmer seiner Wohnung ein. Zunächst brachte er ihm sein Futter noch ins Zimmer. Dann warf er es ihm nur durch ein Fenster in das improvisierte Gefängnis. Den Löwen stimmte diese Behandlung immer wütender. Der Buchhändler fühlte sich bedroht und ging jetzt sogar ausser Hause schlafen, wollte aber die Rückkunft seiner Freunde abwarten, um ihnen den unheimlichen Pflegling auszuhändigen. Da aber traten die Mitbewohner des Hauses dazwischen, denn das ganze Gebäude war inzwischen durch den Geruch des ungereinigten Löwenkäfigs verpestet worden. Der Buchhändler telephonierte nun den Pariser Zoo an und bat, ihm einen Dompteur zu schicken, der den Löwen mitnehmen möge. Das geschah schliesslich zur grössten Freude des Buchhändlers und - der Pariser Bevölkerung.

+ + +
Muttertragödie. Dem Bemühen der Berliner Kriminalpolizei gelang es jetzt einen rätselhaften Leichenfund am Tegeler See bei Berlin aufzuklären. Dort wurde am 29. Oktober dieses Jahres im Schilf versteckt die Leiche eines kleinen vier Jahre alten Knaben entdeckt. Nach umständlichen Untersuchungen gelang es, die Identität des Kindes mit dem kleinen Herbert Gimpel, der vor einigen Monaten aus einem Zwickauer Kinderheim von seiner Mutter abgeholt worden war, zu ermitteln. Die Mutter des Kindes, eine 32 Jahre alte Frau Irmgard Gimpel, die von ihrem Manne geschieden ist und jetzt in Reichenbach/Vogtland wohnt, gestand, dass sie den Knaben aus Verzweiflung getötet habe. Nicht wirtschaftliche Not habe sie zu dem Mord veranlasst, sondern die Tatsache, dass sie sich des Kindes geschämt habe. Der Junge war total verblödet, und da selbst bei sorgfältigster Pflege keinerlei Gesundungsprozess zu erreichen war, wollte ihn kein Kinderheim mehr aufnehmen. Frau Gimpel berichtete, dass sie zunächst die Absicht gehabt habe, auch sich selbst zu töten, verlor aber wohl den Mut dazu, nachdem sie das Kind im Wasser ertränkt und dann ans Ufer zurückgetragen hatte. Frau Gimpel hat noch für zwei weitere Kinder zu sorgen, die körperlich und geistig völlig gesund sind.

+ + +
Skandal in Bayreuth. Bei der Bayerischen Elektrizitäts-Lieferungs A.G. in Bayreuth wurden Unterschlagungen in Höhe von einigen hunderttausend Mark entdeckt. Der technische Direktor de Laporte wurde verhaftet, während sich der Prokurist Behnisch der Festnahme durch Erschiessen entzog. In den Skandal sind weitere Persönlichkeiten der Bayreuther Gesellschaft verwickelt; so wurde bereits vor einigen Tagen der kaufmännische Leiter der Gesellschaft, Direktor Scherber, fristlos entlassen. Die Unregelmässigkeiten sind während einer unvermuteten Revision ans Tageslicht gekommen.

+ + +

Einstein in New York. Professor Einstein ist am Donnerstag mittag an Bord des Dampfers "Belgenland" in New York eingetroffen. Der Gelehrte hat sich von seiner Absicht, vollkommen inkognito zu reisen, abbringen lassen und nahm verschiedene Einladungen zu Festlichkeiten und Banketten, die ihm zu Ehren veranstaltet worden, an.

+ + +
Abermals Unterweltschüsse. In Berlin trug sich in der Nacht zum Donnerstag ein typisches Unterweltverbrechen zu. Vermutlich aus Rachemotiven wurde ein gewisser Erich Worgull, der in der Berliner Unterwelt seit Jahren eine grosse Rolle spielte, niedergeschossen. Bereits seit längerer Zeit hatte man Worgull und seinen Bruder Kurt unter dem Vorwurf, die Kasse des "Unterweltvereins" unredlich verwaltet zu haben, aus dem Verein ausgeschlossen und wiederholt bedroht. Auch ist in der Nacht zum 5. Oktober auf die Brüder Worgull ein Anschlag verübt worden, wobei einer der Täter verhaftet werden konnte. Die Brüder Worgull wurden nach kurzer Zeit als geheilt aus dem Krankenhaus entlassen. Diesmal ist Erich Worgull durch vier Schüsse so schwer in den Rücken und in den Unterleib getroffen worden, dass die Aerzte an seinem Wiederaufkommen zweifeln. Wer der Mörder ist, weiss man nicht.

+ + +
Streik der Muschelfischer. Die französischen Fischer, die an der Insel Ré mit grossen Netzen den Fang von Speisemuscheln betreiben, sind aus Protest gegen die niedrigen Preise, die ihnen von den Grosshändlern der Stadt La Rochelle gezahlt werden, in den Streik getreten. Falls sie die Erhöhung der Preise für die Muscheln, einen Zuschlag von 50 Centimes pro Kilo, nicht durchsetzen, wollen sie eine eigene Verkaufs-Kooperative gründen.

+ + +
Grippeseuche in Polen. In Krakau und in Ostoberschlesien wüthet zurzeit eine Grippeepidemie. Täglich werden mehr als 1000 neue Fälle gemeldet. Die Krankenhäuser sind bereits überfüllt; ausserdem macht sich Aerztemangel bemerkbar. Eine Reihe von Schulen wurde wegen Ansteckungsgefahr geschlossen.

+ + +
Postraub in Oesterreich. In Weisskirchen (Steiermark) schlugen mehrere Räuber einen Postbeamten nieder und entkamen mit einem 12 Kilogramm schweren Postbeutel, der u. a. einen Geldbrief mit 9600 Schilling Bargeld enthielt.

+ + +
In der Lava verbrannt. Während der bekannte holländische Forscher Professor Bosselwardt mit seinem Diener den Vulkan Merapi auf Sumatra bestieg, wurden beide von einem Kraterausbruch überrascht. Bosselwardt und der Diener verbrannten in der glühenden Lava.

+ + +
Raubüberfall auf eine Greisin. Am Donnerstag vormittag wurde in Köln in ihrer Wohnung eine 71 jährige Frau von drei Räubern überfallen, zu Boden geschlagen und mit Bettzeug fast erstickt. Die Verbrecher raubten dann Schmückgegenstände (Brillantringe, Trauringe, Broschen usw.).

+ + +
Bis auf den Zugspitzgipfel! Am 20. Dezember wird die Seilbahn auf den Gipfel der Zugspitze, die sich an die bayerische Zugspitzbahn anschliesst, eröffnet werden. Die Einweihung des Sport- und Touristenhotels auf der Zugspitze ist für den 15. Januar 1931 vorgesehen.

+ + +
Räuberkampf in der Wüste. Im Hinterland von Sert (Tripolitanien) kam es zwischen Wüstenstämmen und Räubern, die seit längerer Zeit die Gegend unsicher machten, zu einem Feuergefecht, dem etwa 50 Menschen zum Opfer fielen.

Gewerkschaftliche Kundschau

Unheiliger Abend?

Kommunistische Pläne.

SPD. Im Ruhrgebiet wollen die Kommunisten die Weihnachtszeit für eine "Mobilmachung zum revolutionären Massenkampf" benutzen. Sie möchten ihre RGO, die im Ruhrrevier genau wie sonst nicht leben und nicht sterben kann, mit Hilfe von Krawallen vorwärts bringen, und spielen mit dem Gedanken, einen Bergarbeiterstreik zu entfesseln. Zu diesem Zweck haben sie einen Aktionsplan ausgearbeitet. Danach soll vom kommenden Sonntag an bis zum Heiligabend mit Kundgebungen und Demonstrationen die Bevölkerung in Erregung gebracht werden. Diese Kundgebungen werden - so heisst es in den uns in einer Abschrift vorliegenden kommunistischen Anweisungen - verbunden mit Aufmärschen von Erwerbslosenstaffeln zu den Kundgebungsorten. Der Heiligabend soll den Höhepunkt der vom 15. Dezember ab sich immer stärker wiederholenden Demonstrationen bringen. Geplant sind vor allem Demonstrationen in den Bourgeoisievierteln, und es ist Order gegeben, die Aufmärsche und Kundgebungen ohne Rücksicht auf irgendwelche Verbote durchzuführen. Die Aufmärsche werden daher nicht durch die Presse oder Flugblätter, sie sollen vielmehr durch die Staffeln selbst, ohne Zuhilfenahme von organisatorischen Mitteln, organisiert werden. Der Zweck der Aktion ist Stimmungsmache für eine "Streikmobilmachung" der Bergarbeiter.

Weihnachten 1930 sind keine fröhlichen Weihnachten. Deswegen ist es aber nicht nötig, sie auch noch zu Krawall- und Blutweihnachten zu machen. Demonstrationen und Kundgebungen sind, soweit sie von Kommunisten und Nationalsozialisten veranstaltet werden, heute nur noch eine Belästigung und Plage für die Bevölkerung. Angeblich wollen die Kommunisten mit ihrer für das Ruhrgebiet in Aussicht genommenen Krawallaktion die Raubpolitik und den faschistischen Terror der Bourgeoisie bekämpfen. Dieser Vorwand kann nur noch auf ganz Dumme Eindruck machen; denn allmählich weiss jeder politische ABC-Schütze, dass eir den Nationalsozialismus zwar nicht allein, aber auch nicht zuletzt den Kommunisten zu verdanken haben. Die Hitlerjünger sind gelehrige Schüler der Kommunisten gewesen. Sie haben die Moskauer Methoden im Prügeln, Stechen, Schiessen usw. gut abgeguckt, und heute arbeiten sich Schüler und Lehrer brav gegenseitig in die Hände. Hüben und drüben, bei den Nazis wie bei den Moskauern, wird stets rechtzeitig dafür gesorgt, dass beide Parteien zu tun haben.

Ein Staat, der sich nicht lächerlich machen will, muss dem fortgesetzten Demonstrationsunfug rücksichtslos ein Ende machen. Die faschistischen und kommunistischen Demonstrationsauswüchse im Reichstag genügen vollauf. Wird gegenüber den sich immer mehr breitmachenden Strassenterror der Nationalsozialisten und Kommunisten nicht mit Unerbittlichkeit und eiserner Energie durchgegriffen, dann können wir uns auf neue beschämende Dinge auch noch während der Weihnachtszeit gefasst machen. Jede Nachgiebigkeit wird von den Rechts- und Linksbolschewisten, die den Krawall für ihre politischen Ziele unbedingt nötig haben, nur als Schwäche ausgelegt und mit Hohngelächter beantwortet. Gegenüber einem Zynismus, der vor der Ueberzeugung und dem Gefühl Andersdenkender keinen Funken von Rücksicht und Verständnis besitzt, ist Festigkeit das Gebot der Stunde.

Mit Demonstrationen und Krawallen wird keinem Arbeitslosen ein Pfennig oder ein Stück Brot verschafft. Auf die Besserung der Lage der Arbeitslosen - darauf kommt es an, und wie verbessert man diese Lage? Vor allem durch Ver-

ringerung der Arbeitslosigkeit? Wem haben wir es zu verdanken, dass wir zu dem bereits vorhandenen Arbeitslosenheer noch eine Million arbeitsloser Menschen hinzubekommen haben? Doch nur den Faschistenwahlen vom September. Und wem haben wir es zu verdanken, dass die Arbeitslosen in diesem Winter überhaupt Unterstützung bekommen? Doch nur der Sozialdemokratie, die trotz so vieler Herausforderungen durch den Faschismus sich beherrscht und der Regierung Brüning geholfen hat, das finanzielle Fundament des Reiches zu stützen. Der Hunger der Arbeitslosen wird nicht gestillt mit geballten Fäusten und wilden Versammlungsreden, sondern nur durch nüchterne praktische hilfreiche Politik, wie sie die Sozialdemokratie in den letzten Wochen mit grosser Selbstverleugnung getrieben hat. Diese Selbstverleugnung der Partei hat die Erwerbslosenunterstützung gesichert, und die Unterstützung wäre vorher nicht verschlechtert worden, wenn nicht eine Politik von Idioten und Verbrechern, d.h. die Politik der Kommunisten, seit Jahr und Tag der Sozialdemokratie wie ein Klotz am Bein gehangen hätte.

SPD. Eine Konferenz der Zentralinstanzen und Gauleiter des Zimmererverbandes, die dieser Tage in Hannover stattfand, beschäftigte sich eingehend mit den Auswirkungen der Wirtschaftslage auf dem Bauparkt.

Die Arbeitslosigkeit im gesamten Baugewerbe hat nach dem Bericht des Verbandsvorsitzenden Wolgast katastrophale Formen angenommen. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres waren im Durchschnitt 50,2 Prozent aller Verbandsmitglieder arbeitslos gegenüber 31,7 Prozent in der gleichen Zeit des Vorjahres. Trotz der scharfen Erwerbslosigkeit hat jedoch die Mitgliederzahl am Schluss des dritten Quartals rund 105 200 gegenüber 106 300 im zweiten Quartal dieses Jahres betragen. In der Lehrlingshaltung ist ein erheblicher Rückgang festzustellen. Das ohnehin schon gute Organisationsverhältnis der Lehrlinge im Zimmerergewerbe hat sich jedoch noch weiter gebessert. Die Verbandseinnahmen sind naturgemäss unter dem Druck der Arbeitslosigkeit zurückgegangen. An Erwerbslosenunterstützung hat der Verband 1928 1 810 000, 1929 2 150 000 Mark und in diesem Jahre ebenfalls über 2 Millionen Mark ausgegeben. Das Verbandsvermögen wird am Jahresschluss ungefähr 6 1/4 Millionen Mark betragen. Im Verhältnis zu der ausserordentlich ungünstigen Arbeitsmarktlage ist die Kassenlage des Verbandes als günstig zu bezeichnen.

Wolgast beleuchtete auch mit einigen Sätzen die Hetzaktion der Kommunisten gegen die Gewerkschaften. Er betonte, die kommunistische Sonder-Organisation, die sich in Städten Berlin, Königsberg und Düsseldorf im Zimmerergewerbe gebildet habe, sei zu keiner gewerkschaftlichen Kraftentfaltung fähig. Mit Riesenschritten gehe es in diesen organisationsartigen Gebilden abwärts.

In der Aussprache wurde die Arbeit des Verbandsvorstandes von allen Rednern gewürdigt. Die Stellungnahme der Gewerkschaftspresse bei den letzten Reichstagswahlen wurde als richtig gekennzeichnet. Für das Baugewerbe wurde im Hinblick auf die Wirtschaftslage eine Neuregelung der Arbeitszeit gefordert, wofür die Beschlüsse des ADGB als Richtschnur empfohlen wurden. Die Aussprache war durchweg von einer optimistischen Auffassung der Dinge getragen.

Gegen die unsoziale Behandlung der Bauarbeiter in der Arbeitslosenversicherung und gegen die weiteren Verkürzungen der dem Baugewerbe zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel erhob die Konferenz in Form einer Entschliessung Protest. Für die langfristig arbeitslosen Verbandsmitglieder wurde die Gewährung einer Weihnachtsunterstützung beschlossen.

Die lohn- und tarifpolitischen Fragen wurden von Melzer erörtert. Er schilderte vor allem den Widerstand, den die Unternehmer in den verschiedenen Vertragsgebieten der Durchführung der tarifvertraglichen Vereinbarungen entgegensetzten. Melzer forderte von den Verbandsfunktionären, dass sie gerade jetzt der Durchführung des Tarifvertrages grösste Beachtung schenken.

SPD. Für das Bankgewerbe ist bei den Schlichtungsverhandlungen unter dem Vorsitz von Professor Dr. Brahn ein Spruch gefällt worden, der eine Verlängerung des Ende des Jahres ablaufenden Reichstarifvertrages auf ein Jahr mit folgenden Veränderungen vorsieht: 1. Die tarifmässigen jährlichen Aufrückungen in das nächste Berufsjahr kommen in Fortfall. 2. Alle Gehälter werden ausserdem um 5 Prozent gekürzt.

Der Schiedsspruch wurde von sämtlichen Angestelltenverbänden sofort abgelehnt.

SPD. Der Zuckerrübenbau kann, wenn man die Agrarier hört, ohne ausländische Wanderarbeiter nicht existieren. Nun ist aber die Zahl der ausländischen Wanderarbeiter von 1928 bis 1930 bereits um rund 14 000 zurückgegangen und trotzdem hat sich die Zuckerrübenanbaufläche im gleichen Zeitraum um rund 40 000 Hektar - vergrössert.

Man sieht, was von den Flunkereien der Agrarier, die sich lediglich für ewige Zeiten billige und willige Arbeitskräfte sichern wollen, zu halten ist. In Deutschland ist kein Platz für ausländische Wanderarbeiter; denn die Lösung des Arbeitslosenproblems auf weite Sicht erfordert unbedingt die Rückkehr eines guten Teiles der Industriearbeiter in die Landwirtschaft.

Alle Länder sperren sich ab gegen die Zureise unerwünschter Arbeitskräfte, so die Vereinigten Staaten, Kanada, Mexiko und in Europa nicht nur Italien, Portugal, Rumänien und die skandinavischen Staaten, sondern sogar Frankreich, das kaum Arbeitslosigkeit kennt. Nur Deutschland öffnet weitherzig seine Tore und beschäftigt über 200 000 Ausländer, davon über 100 000 allein in der Landwirtschaft.

SPD. Der Sozialpolitische Ausschuss des RWR beschloss am Donnerstag, dem Reichsarbeitsminister zu empfehlen; die Arbeitnehmer der Haar- und Borstenzurichtereien, Rosshaarspinnereien, Bürsten- und Pinselfabriken, soweit sie mit nicht desinfiziertem Material arbeiten, in den sanitären Achtstundentag einzubeziehen und die Hausarbeit für Haar- und Borstenzurichtereien zu untersagen.

SPD. Am Dienstag hatte die Verkehrskammer des Berliner Arbeitsgerichts einen grossen Tag. Sie verhandelte über eine Schadenersatzklage von 137 Nationalsozialisten gegen die Berliner Verkehrsgesellschaft. Die Nazis fordern Schadenersatz für angeblich aus politischen Gründen erfolgte Entlassungen. Nur wegen Zugehörigkeit zur nationalsozialistischen Partei und wegen der Weigerung, dem freigewerkschaftlichen Verkehrsbund beizutreten, seien die Entlassungen ausgesprochen worden. Als Schadenersatz werden für jeden Entlassenen 1800 Mk. verlangt.

Der Vertreter der BVG erklärte gegenüber den Klägern, dass die Mehrheit der Belegschaft sich gegen die Einführung von Feierschichten ausgesprochen habe und vor allem seien die Kläger selbst die eifrigsten Gegner dieser Behelfsmassnahme gewesen. So sei es schliesslich zur Entlassung von 800 Mann gekommen. Im übrigen habe die BVG keine Kenntnis von der Parteizugehörigkeit jedes einzelnen ihres Personals, und der zuständige Stadtverordnetenausschuss habe bereits festgestellt, dass die Entlassungen nicht aus politischen Gründen erfolgt seien.

Die Verhandlungen des Gerichts dauern in später Abendstunde noch fort. -

Wirtschaft Technik Handel

Monopolkontrolle.

Gegen den Preiswucher der Kartelle und Trusts.

SPD. Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag den Entwurf eines Gesetzes zur Kartell- und Monopolkontrolle eingebracht.

An dem Ausbruch der Wirtschaftskrise trägt gewiss das Zusammenwirken vieler Ursachen schuld. Aber eine der wichtigsten Ursachen ist die schrankenlose Diktatur der kapitalistischen Monopole. Die Kartelle und Trusts haben in der Zeit der günstigen Konjunktur die Preise künstlich hochgetrieben, ohne dass ihnen jemand in den Arm gefallen wäre. Ungeheure Kapitalien strömten ihnen aus ihren monopolistischen Uebergewinnen zu. Die hohen Preise, die sie den Verbrauchern aufzwingen, verlockten sie dazu, und die Uebergewinne, die ihnen zufließen, gaben ihnen die Mittel dazu in die Hand, immer mehr Kapital in ihren Betrieben zu investieren. So tragen die Kartelle und Trusts die Hauptschuld an jenen verhängnisvollen Ueberinvestitionen, unter denen schliesslich die Konjunktur zusammengebrochen ist.

Kapitalmangel, Ueberinvestitionen, mangelnde Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung - in diesen Rattenkönig von Krisenursachen verwickelten die Monopole die Wirtschaft, bis sie schliesslich zu Fall kam und in die Krise hineinstürzte. Und als die Krise ausgebrochen war und Millionen Arbeiter und Angestellte auf der Strasse lagen, da erwiesen sich die Kartelle und Trusts als die schwersten Hemmnisse der Ueberwindung der Krise. Sie stemmten sich mit ihrer ganzen monopolistischen Macht dem Abbau der Preise entgegen. Sie handelten nach dem Grundsatz: lieber schärfste Produktionseinschränkung als Senkung der Preise und bewirkten dadurch, dass die Welle der Arbeitslosigkeit stieg und die Antriebskräfte zur Gesundung der Wirtschaft gelähmt wurden.

Ueberinvestitionen in der Hochkonjunktur, Preishochhaltung in der Krise - das sind die Geisseln, mit denen die kapitalistischen Monopole die Wirtschaft schlagen und ihre krisenhaften Zuckungen verschärfen.

Die Regierung Brüning hat sich als ohnmächtig erwiesen, die Diktatur der kapitalistischen Monopole zu brechen. Sie hat zwar in der Notverordnung vom Juli dieses Jahres eine formale Handhabe geschaffen, um der Diktatur der Monopole entgegenzutreten. Aber sie hat davon - von unwesentlichen Ausnahmen abgesehen - keinen Gebrauch gemacht.

Die Regierung hat lange Zeit zwischen sich und die Monopole den Reichswirtschaftsrat geschoben. Man kann dem Reichswirtschaftsrat an sich keine Vorwürfe machen. Er hat fleissig gearbeitet und eine Reihe von vernünftigen Vorschlägen gemacht, wie man auf diesem oder auf jenem Gebiet eingreifen könnte. Die Regierung hat aber von diesen Vorschlägen bis zum heutigen Tage keine Notiz genommen und der Reichswirtschaftsrat hat nicht die Macht, seinem Willen Geltung zu verschaffen. Andererseits besitzt er auch nicht den Apparat, um alle monopolistischen Machtmissbräuche der Kartelle und Trusts dauernd zu beobachten und Wege der Abhilfe in allen Fällen, wo sie not tut, zu weisen.

Hier setzt nun die Aktion der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ein. Die Fraktion sagte sich, dass das schönste Gesetz nichts nützt, wenn niemand da ist, der es anwendet, der dauernd verpflichtet ist, die Monopole zu kontrollieren und zu zügeln. Der Reichswirtschaftsrat kann diese Aufgabe nicht leisten. Die Regierung will sie nicht leisten; es fehlen auch ihr die nötigen Hilfsmittel.

dazu. Darum stellt die sozialdemokratische Fraktion in den Mittelpunkt ihres Gesetzentwurfes über die Monopolkontrolle das Kartellamt (Reichsamt für Kartell- und Monopolverwaltung genannt). Das Kartellamt soll nach dem sozialdemokratischen Antrag die Aufsicht über sämtliche Kartelle und monopolartige Konzerne und Trusts ausüben, insbesondere auch über die Kartelle der Banken. Es soll aus Vertretern der Spitzenverbände der Arbeitnehmer, der Unternehmer und der Konsumgenossenschaften sowie einer gewissen Zahl von sachverständigen Beamten zusammengesetzt sein und dauernd die Kartelle und Trusts überwachen. Zu diesem Zweck soll beim Kartellamt ein Register geführt werden, wofür alle Kartelle ihre Verträge und Beschlüsse mitzuteilen haben. Das Kartellamt soll auch sonst die weitestgehenden Vollmachten für die Kontrolle der Monopole erhalten und schliesslich soll es berechtigt sein, von sich aus Kartelle aufzulösen, den Monopolen die Durchführung ihrer Beschlüsse zu untersagen oder durch andere Massnahmen dem Missbrauch monopolistischer Macht entgegenzutreten. Dem Reichswirtschaftsministerium, dem das Kartellamt organisatorisch angegliedert werden soll, soll die Befugnis zustehen, Anordnungen des Kartellamts aufzuheben, wenn sie in Widerspruch zu der Gesamtrichtung der Wirtschaftspolitik des Reiches stehen.

Die überragende Bedeutung des sozialdemokratischen Antrages liegt klar zutage. Wird er Gesetz, dann ist damit der entscheidende Vorstoss zur Bekämpfung des Missbrauchs der Monopolmacht getan. Alle bisherigen Vorstösse mussten deshalb wirkungslos bleiben, weil sie keine Verpflichtung zur dauernden Kontrolle der Monopole vorsahen. Der sozialdemokratische Antrag will den Staat durch ein eigenes Organ mit wirtschaftlicher Selbstverwaltung instandsetzen, dauernd die Kartelle und Trusts zu überwachen und überall da sofort einzugreifen, wo durch Preis- oder Produktionsregelungen der Monopole die sozialen oder gesamtwirtschaftlichen Interessen geschädigt werden. Damit schafft der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zum ersten Male eine wirksame Handhabe, der Preisdiktatur und Produktionsdiktatur der Kartelle und Trusts entgegenzutreten.

Niemals tat eine wirksame Monopolkontrolle so dringend not, wie heute, da die schrankenlose Diktatur der Monopole das schwerste volkswirtschaftliche Unheil angerichtet hat. Jetzt können alle übrigen Parteien beweisen, wie ernsthaft ihr Wille ist, die Krise entschlossen zu bekämpfen, jetzt können Kommunisten und Nationalsozialisten beweisen, ob es ihnen mit der Bekämpfung der grosskapitalistischen Willkürherrschaft ernst ist. Die Stellungnahme zum sozialdemokratischen Monopolgesetzentwurf wird ein sicherer Prüfstein dafür sein.

SPD. In Rheinland und Westfalen hat man Schulungskurse aufgenommen, die grösste Bedeutung für die Kleinwohnungspolitik haben dürften. Der Ortsausschuss Bielefeld des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Baugenossenschaft "Freie Scholle" Bielefeld und die Dewog-Revisionsvereinigung Bezirk Rheinland-Westfalen veranstalteten in Bielefeld unter der Devise "Wir bauen am Werk der Zukunft" eine Kundgebung für den gemeinnützigen Wohnungsbau. Die Veranstaltung bildete den Abschluss eines Unterrichtskurses für die Funktionäre der gemeinnützigen Baugenossenschaften des Dewog-Bezirks Rheinland-Westfalen. Der Kursus fand im "Bunten Haus" in Grax bei Bielefeld statt. Lehrgegenstände waren Buchhaltung und Bilanz, Rechtsfragen für den Genossenschaftler, Baufinanzierung und Baukontrolle, Wohnungsverwaltung und Selbstverwaltungsfragen in der Genossenschaft, modernes Bauen und Wohnungskultur.

Bei der Abschlussveranstaltung wandte sich Landtagsabgeordneter Drügemüller gegen die Hetze, die neuerdings gegen den gemeinnützigen Wohnungsbau einsetzt. Gegenüber der plumpen Spekulation auf die Vergesslichkeit des deutschen Volkes erinnerte Drügemüller daran, dass schon im kaiserlichen Deutschland von den damaligen Landesbehörden zur Gründung von Baugenossenschaften aufgefordert werden musste, weil das Versagen der privaten Bautätigkeit selbst in jenen Zeiten als katastrophal empfunden wurde. Der Redner äusserte schwerste Bedenken gegen die

Kürzung der Mittel für den Wohnungsbau. Die bedrohliche Lage auf dem Arbeitsmarkt fordere gerade das Gegenteil. Jede nicht gebaute Wohnung bedeute 2000 Mark Arbeitslosenunterstützung. Das Wahlergebnis sei ein Grund mehr, die Bau- genossenschaftsbewegung zu stärken.

SPD. Die süddeutsche Elektroindustrie erlebt einen Skandal, der überraschende Ähnlichkeit mit den Vorgängen bei den Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen aufweist. Für diejenigen, die die Vorfälle bei den Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen benutzt haben, um gegen die öffentliche Wirtschaft zu hetzen, kann gesagt werden, dass die bayerischen Vorfälle durchweg die Privatindustrie angehen. Es handelt sich um die Bayerische Elektrizitätslieferungs- A.G., die zum AEG-Konzern gehört und der auch die Frankfurter Firma Lahmeyer & Co. nahesteht. Die Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft in Berlin, d.h. die AEG teilt darüber folgendes mit:

"Revisionen der Geschäftsführung haben im Herbst dieses Jahres bei der Bayerischen Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft A.G., Bayreuth, Unregelmäßigkeiten ergeben, deren das Vorstandsmitglied Scherber überführt worden ist. Die Gerichtsbehörden haben ein Verfahren eingeleitet. Der Aufsichtsrat hat alle in die Vorgänge verwickelten Personen fristlos entlassen und den Arrest in das Vermögen der Beteiligten erwirkt. Das Ergebnis des gerichtlichen Verfahrens muss abgewartet werden. Nach den Erhebungen des Gerichts und des Aufsichtsrates handelt es sich insgesamt um Verfehlungen in Höhe von rund 155000 Mark, sodass die finanzielle Situation der Gesellschaft unberührt bleibt."

Der Berliner Borstanvorstand bat am Donnerstag den Kurs der Bayerischen Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft gestrichen mit der Begründung, dass eine Klärung der Gesellschaft abgewartet werden müsse.

SPD. In letzter Zeit waren in den Vereinigten Staaten von Nordamerika mehrere Bankzusammenbrüche zu verzeichnen, die zu einer starken Beunruhigung des Publikums und zur Abhebung von Spareinlagen führten. Es muss jedoch bemerkt werden, dass es sich dabei um kleinere Institute handelt. Im grossen und ganzen ist die Entwicklung, wie aus einer Erhebung des deutschen Instituts für Konjunkturforschung hervorgeht, im nordamerikanischen Bankwesen äusserst gradlinig und geneigt, alles andere als Pessimismus hervorzurufen. So hat die Liquidität, die durchweg auf beachtlichen Depositenzuflüssen beruht, zugenommen. Seit Oktober vorigen Jahres steigerten sich bei den wöchentlich berichtenden Mitgliedsbanken die kurzfristigen Depositen um rund 100 Millionen Dollar und die langfristigen Einlagen um rund 740 Millionen Dollar. Die Zunahme der Bankeinlagen geht zum Teil auf Auslandsgelder zurück. Im übrigen legt das Publikum sein Geld nicht mehr so wie früher in Wertpapieren an, sondern führt es den Sparkonten zu.

Die Handelskredite haben sich stark vermindert und zwar beträgt die Verminderung bei den berichtenden Banken seit Oktober 1929 mehr als eine Milliarde Dollar. Von Interesse ist auch die Entwicklung der Börsenkredite. Als im Herbst 1929 die grossen Börsenkrachs erfolgten, mussten die Banken einspringen, um die Börsen nicht ganz in Unordnung geraten zu lassen. In diesem Zusammenhang haben sich von September 1929 bis Juni 1930 bei den wöchentlich berichtenden Mitgliedsbanken die Börsenkredite von 7,7 Milliarden Dollar auf 8,6 Milliarden Dollar erhöht. Die allgemeine, wenn auch langsame Bereinigung der Börsenlage hat dazu geführt, dass bei den berichtenden Kreditbanken der Gesamtbetrag der Effektenkredite seit Juni um mehr als 300 Millionen Dollar gesunken ist.

Es erhebt sich die Frage, was die nordamerikanischen Banken mit ihren

Einlagen machen. Sie tun dasselbe, was die deutschen Banken tun, ohne dass man übersehen kann, ob die sowohl in Deutschland als auch in Nordamerika zu beobachtende Anhäufung von Effekten bei den Banken aus spekulativen Motiven oder aus einem gewissen Notstand heraus erfolgt. Jedenfalls stellt das Institut für Konjunkturforschung fest, dass seit Juni der grösste Teil der den nordamerikanischen Banken zufließenden Gelder zu Wertpapierkäufen benutzt wurde. Die Wertpapierbestände der berichtenden Mitgliedsbanken sind in den Monaten Juli bis Oktober 1929 um rund 600 Millionen Dollar gestiegen.

SPD. Die Düsseldorfer Waggonfabrik Schöndorf schüttet aus gesteigerten Gewinnen abermals eine Dividende von 10% aus. Der Bruttonutzen hat sich von 3,07 auf 3,2 Millionen Mark erhöht. Im Rahmen der vor kurzem erfolgten Rationalisierung in der Waggonindustrie fiel Schöndorf an den sogenannten Ostwaggonkonzern (Linke-Hofmann-Busch). Die erfolgten Stilllegungen in Köln und Düsseldorf dürften der Schöndorf A.G. Aufträge zugeführt haben. Ausserdem berichtet Schöndorf über gestiegene Exportaufträge, die durchweg gewinnreich waren.

Amtliche Eiernotierungen.

(11. Dezember)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink= eier, vollfrische, gestempelte, über 65 Gramm 18, 60 gr 17, 53 gr 15½, 48 gr 13½, frische Eier 53 gr 14, aussortierte kleine und Schmutzeier 11. Auslands= eier: Estländer 17er 15½, 15½-16er 14-14½, Bulgaren 13, Rumänen, Ungarn und Jugoslawen 12½-13, Polen normale 11 ¾ - 12 ¼, kleine, Mittel- und Schmutz= eier 9-10½. In- und ausländische Kühlhauseier: Extra grosse 13½-14, grosse 12½-13, normale 10 ¾ - 11½, kleine 9. Chinesen und ähnliche 10-12. Kalkeier: Extra grosse 11½-12, grosse 10, normale 9-9½. Witterung: trübe, Tendenz: still.

Berliner Milchpreis.

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin für die Zeit vom 12. bis 18. Dezember: für A-Milch 17 Pfennige, für B-Milch 11 Pfennige, für C-Milch 12 Pfennige. Die A-Milchmenge ist für die Zeit vom 12. bis 18. Dezember auf 95% des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstelle festgesetzt. Zur Zeit beträgt der Zuschlag für: a) tiefgekühlte Milch ½ Pfennige, b) molkereimässig bearbeitete Milch 1 ¾ Pfennige je Liter. Dazu tritt Qualitätsbewertung nach Fettgehalt und Sauberkeit entsprechend dem Berliner Abkommen.

SPD. Unter dem Druck der billigeren Verkäufe in London und durch die amerikanischen Lohnhütten hat sich das Kupferkartell genötigt gesehen, seinen Preis um 1 Cents auf 11,30 Cents zu ermässigen.

Knappes Roggenangebot.

(Berliner Getreidebörse vom 11. Dezember.)

SPD. Die gut stetige Tendenz für Roggen hielt auch am Donnerstag an der Berliner Produktenbörse an. Das Angebot verknappt sich immer mehr. Der Handel zeigt jedoch nur wenig Neigung, höhere Preise anzulegen. Trotzdem wurde teilweise etwas mehr als am Vortage erzielt. Beim Weizen haben dagegen die Anlieferungen weiter zugenommen. Infolge des schleppenden Mehlabsatzes blieb aber die Umsatztätigkeit gering und die Preise konnten sich im Loko= wie im Zeithandel nicht voll behaupten. Das Mehlgeschäft war unverändert leblos. Hafer hatte stetige Tendenz; hier wie am Gerstenmarkt wurden nur feinere Sorten gesucht. Mittlere und geringe Ware blieb dagegen vernachlässigt.

	10. Dezember	11. Dez.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	242 - 243	242 - 243
Roggen	156 - 158	156 - 158
Braugerste	202 - 220	202 - 220
Futter= und Industriergerste	190 - 194	190 - 194
Hafer	139 - 144	139 - 144
Weizenmehl	29,00 - 36,75	29,00 - 36,75
Roggenmehl	24,00 - 26,85	24,00 - 27,00
Weizenkleie	10,15 - 10,40	10,15 - 10,40
Roggenkleie	9,00 - 9,50	9,00 - 9,50.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 260 - 259 Brief, März $269\frac{3}{4}$ - 269 (Vortage $271\frac{1}{2}$), Mai $279\frac{1}{2}$ ($280\frac{1}{2}$). Roggen Dezember 117 - $178\frac{1}{2}$ ($176\frac{3}{4}$), März 186 - 187 - $186\frac{1}{2}$ ($186\frac{1}{2}$), Mai $192\frac{1}{2}$ und Geld ($193\frac{1}{2}$). Hafer Dezember 157 (156), März 167 - $167\frac{1}{4}$ ($166\frac{1}{2}$), Mai 178 und Geld (177).

Amtliche Kartoffelnotierungen.

(11. Dezember)

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1,00 bis 1,15, Rote 1,20 bis 1,35, Gelbfleischige (ausser Nierenkartoffeln 1,40 bis 1,60, Odenwälder Blaue 1,20 bis 1,35 Mark. Fabrikatofferln 5 bis 6 Pfennige je Stärkeprozent.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 11. Dezember: I. 138 Mark, II. 125 Mark, III. 109 Mark je Zentner. Tendenz: stetig.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 93

Berlin, den 11. Dezember 1930

Ersparnisse in der Wohlfahrtspflege.^x

SPD. In einem Augenblick, in dem Deutschland unter dem Druck der Wirtschaftskrise und der damit verbundenen Wohlfahrtslasten zu erliegen droht, ist die Frage, wie in der Wohlfahrtspflege gespart werden könne, besonders aktuell. Aber ihre Beantwortung ist umso gefährlicher, als unter dem Zwange des Augenblickes die grossen Linien der Wohlfahrtspflege leicht übersehen werden können. Deshalb muss immer wieder darauf hingewiesen werden, dass gerade auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege nicht am falschen Platze gespart werden darf, und dass es vor allem gefährlich wäre, qualitativ gutes Fürsorgepersonal der Wohlfahrtsämter zugunsten von zunächst vielleicht billiger erscheinenden, weniger gut ausgebildeten Ermittlungsbeamten abzubauen. In diesem Zusammenhange verdient eine Entschliessung Beachtung, welche die Vereinigung der Nordwestdeutschen Wohlfahrtsämter vor kurzem gefasst hat. Es heisst darin: "Veranlasst durch das ständige Wachsen der Wohlfahrtslasten hat die Vereinigung nordwestdeutscher Wohlfahrtsämter in ihrer Sitzung vom 11. Oktober 1930 in Hamburg alle Sparmöglichkeiten der Fürsorge von neuem gründlich durchgeprüft und ist einmütig zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Senkung der Ausgaben für die wirtschaftliche Fürsorge durch allgemeine Massnahmen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen nicht möglich ist. Die tatsächlich gezahlten laufenden Barunterstützungen, deren Summe die Haushaltspläne der Wohlfahrtsämter am meisten belastet, sind im Durchschnitt so gering, dass damit der notwendige Lebensunterhalt nur unter Entbehrungen zu bestreiten ist. Die sorgfältige Prüfung und Behandlung jedes Einzelfalles nach seiner Eigenart, d.h. die Durchführung individualisierender Fürsorge, welche die wirtschaftlichste Verwendung der öffentlichen Mittel verbürgt, leidet zur Zeit erheblich durch den ungewöhnlichen Massenandrang von Hilfesuchenden und den Mangel an ausreichendem und geeignetem Personal. In der Gesundheitsfürsorge dagegen können durch den Ausbau des vertrauensärztlichen Systems die ärztliche und Arzneiversorgung der Hilfebedürftigen verbilligt, die Krankenhauspflege eingeschränkt und verkürzt und dadurch einige Ersparnisse erzielt werden.

Im übrigen hängt die Durchführung von Sparmassnahmen im wesentlichen von der Reichsgesetzgebung ab. Als vordringliche Aufgabe grösster Bedeutung ist das Problem der Wohlfahrtserwerbslosen, deren Betreuung die kommunalen Finanzen zerrüttet, zu lösen. Die Neuregelung der Krisenfürsorge durch die Reichsverordnung vom 11. Oktober bezieht zwar die ausgeschlossenen Berufe zeitlich begrenzt in die Krisenfürsorge ein, vermindert aber die Unterstützungsdauer, schliesst die Arbeitslosen mit nur dreizehnwöchentlicher Anwartschaftszeit von der Krisenfürsorge aus, setzt die Unterstützungsdauer herab und belässt rund 650 000 Wohlfahrtserwerbslose dauernd in der gemeindlichen Fürsorge. Damit wird die Verordnung weder der dringenden Not des Augenblicks gerecht, noch bedeutet sie eine endgültige Lösung des Problems und ist umso mehr als völlig unzulänglich abzulehnen, als sie den gesetzwidrigen Zustand befestigt, der viele hunderttausend Wohlfahrtserwerbslose einfach der gemeindlichen Fürsorge zuweist. Demgegenüber ist die Beseitigung der Zweiteilung der nicht unter die Versicherung fallenden Arbeitslosen in Krisenunterstützte und Wohlfahrtserwerbslose und ihre einheitliche Versorgung durch eine an die Grundsätze der Fürsorge sich anlehrende Reichsarbeitslosenhilfe zu fordern."

Weiterhin wird in dieser Entschliessung eine vorübergehende Einschränkung

der Freizügigkeit und eine Erschwerung des Rechts auf Fürsorge durch eine Umgestaltung des für die fürsorgerechtliche Zuständigkeit massgebenden Prinzips des "gewöhnlichen Aufenthaltes" vorgeschlagen. Dringend wird mit Recht vor allen schematischen Verteilungen von Fürsorgemitteln durch einmalige allgemeine Beihilfen gewarnt, da sie eine unsachgemässe Verwendung öffentlicher Mittel bedeuten. Durchführung und Ausbau der Arbeitsfürsorge und der Pflichtarbeit wird aus fürsorgenerischen und finanziellen Gründen als eine wichtige Aufgabe bezeichnet. Endlich, so heisst es in der genannten Entschliessung, "muss nachdrücklich hervorgehoben werden, dass alle Sparversuche erfolglos bleiben müssen, wenn den Wohlfahrtsämtern ein ausreichendes, gut geschultes und durchgebildetes Personal vor-
enthalten wird."

Weihnachtsgebäck.^x

SPD. Der "Bunte Teller" hat in diesem Jahre eine besondere Aufgabe: er muss auf manchem Weihnachtstisch die Stelle verdecken, auf die man lieber grössere Gaben gelegt hätte. Not und Sorge gehen Hand in Hand auf schweren Sohlen durch unser Land, und viele, auch so bescheidene Wünsche werden von ihnen verjagt. Da freut sich die Hausfrau, wenn sich durch ihre Geschicklichkeit wenigstens die weisen Spezialitäten südlicher Gaue mit den dunkleren des Nordens zu einer für Auge und Gaumen erfreulichen Zusammenstellung finden.

Die Herstellung eines Nürnberger Pfefferkuchens stellen sich viele Hausfrauen unglaublich schwierig vor. Wird nach folgendem Rezept verfahren, so ist das Gelingen stets gesichert. Wir brauchen zunächst ein halbes Pfund süsse Mandeln, die abgezogen, getrocknet und gewiegt sein wollen. Dann werden 4 Eier verquirlt und mit einem Pfund gesiebtm Zucker etwa 20 Minuten lang verrührt. Nun nehmen wir 1 Pfund Mehl, das gleichfalls gesiebt wurde, und vermischen es mit je einer Messerspitze Anis, Nelken, Kardamom und Zimt. Endlich werden noch 30 Gramm Zitronat und ebenso viel Orangenschale in kleine Würfel zerschnitten, Hirschhornsalz hat in nüchternem Zustande zuweilen tückische Eigenschaften. Wir werden aber seine volle Bereitwilligkeit zur Mitwirkung gewinnen, wenn wir unsere Messerspitze in - ja, es muss gesagt werden - einem Gläschen Korn auflösen. Alle Zutaten werden gut vermengt, und man muss es verstehen, dass dieser ergiebige Teig zunächst einige Tage Ruhe verlangt. Dann lässt er sich nämlich talerdick ausrollen. Mit einem Wasserglase werden runde Scheiben ausgestochen, aber auch längliche Streifen haben mancherorts ihre Anhänger. Wir backen bei mässiger Hitze. Für den weissen Zuckerguss werden 200 Gramm Puderzucker gesiebt und mit 2 Eiweiss etwa 10 Minuten lang ordentlich verrührt. Den herzhaften Geschmack erzielt man durch einige Tropfen Zitronensäure und etwas Vanillezucker. Die weisse Prunkdecke erhält ein lustiges Aussehen, wenn etwas farbiger Mohn darüber gestreut wird.

Oder möchten Sie gern einige Pfeffernüsse machen? Nichts ist leichter als das. 3 Eier werden verquirlt und mit 1 Pfund gesiebtm Zucker schaumig gerührt. Dann folgt 1 Pfund gesiebtes Mehl; langsam, bitte! Jetzt marschieren die Zutaten auf: die ganz fein gehackte Schale einer Zitrone, je eine Messerspitze Muskatblüte, gestossene Nelken, Zimt, Anis, dann 30 Gramm gewürfeltes Zitronat und 3 Gramm Pottasche, die in Rosenwasser aufgelöst wurde. Hat sich dieser Tag 2 Tage ausgeruht, so werden kleine Kugeln geformt. Auch sie haben wieder eine Schwäche für Alkohol; deshalb müssen wir sie rundherum mit etwas Rumverschnitt bestreichen. Darauf kann man sie auf einem Blech abbacken.

Zu rheinischen Spekulatius werden ein halbes Pfund Mehl und ein halbes Pfund Zucker gesiebt und dann auf ein Brett geschüttet. Hierhinein wälzen sich 2 verquirlte Eier, und zwar zur Mitte. Darauf wird ein Viertelpfund Butter in Mehl gedreht; dann lässt sich die Butter nämlich zerpfücken und begeben. Jetzt brauchen wir noch einen Teelöffel Zimt, die abgeriebene Schale einer halben Zi-

trone und 70 Gramm geriebene süsse Mandeln mit einer Messerspitze Backpulver. 1 Messerspitze Hirschornsalz lösen wir in Alkohol auf, geben sie bei und können nun einen Teig kneten, der über Nacht stehen bleibt. Er muss ganz dünn ausgerollt werden. Die ausgestochenen possierlichen Formen bestreichen wir mit Rum und überbacken sie goldbraun.

Mit einem würzigen Honigkuchen wird eine Hausfrau viele Freude machen, und es sei ihr noch ins Ohr geflüstert, dass er wenig kostet und viel ausmacht. Es werden ein halbes Pfund Honig und ein halbes Pfund Syrup mit einem Viertelpfund Butter aufgeköcht. Inzwischen wurde 1 Pfund gesiebtes Mehl mit je einer Messerspitze gestossenen Nelken, Kardamom und 5 Gramm Zimt vermischt. Das wird unserm Brei beigegeben, wenn er - aufgeköcht - von der Flamme genommen wurde. Jetzt sollen 60 Gramm geriebene Mandeln folgen, und zum Schlusse spendieren wir noch ein verquirktes Ei. Sie werden es ja bereits gemerkt haben, dass alles Weihnachtsgebäck einen kleinen Vorschuss auf die Alkoholseligkeit nommt, und so werden auch diesmal ein halbes Backpulver und ein halber Teelöffel Hirschornsalz in einem bisschen Arrak aufgelöst und darunter gemischt. Nun wollen wir alles gut verarbeiten. Der Teig will über Nacht ungestört bleiben. Dann wird er ausgerollt, beliebig geformt und mit Mandeln hübsch ausgeschmückt. Die Mandeln haben, nachdem ihre Haut abgezogen war, längere Zeit in Wasser gelegen. Das befreit sie von der natürlichen Verpflichtung, durch die Hitze im Ofen braun zu werden.

Lucie Bürgel (Potsdam)

Weihnachtsfeier im Mädchenpensionat.^x

SPD. Die friedlichen Gestade des Genfer Sees beherbergen in der Hauptsache junge Institutsmädchen und alte Hotelengländer. Es sind heimatlose GLOBETROTTERGREISE und GREISINNEN, welche die meisten der vornehmen Hotels von Montreux, Vevey und Lausanne bevölkern, und auch die Backfische in den vielen und vielerlei Pensionaten haben nicht alle ein Heim, wo sie die Weihnachtsferien verbringen können. Soll man auf vierzehn Tage nach Kanada, Südafrika oder den U.S.A. fahren? Einige Internate sind auch zu Weihnachten voll besetzt. Da gibt es alsdann Geschenke und gutes Essen, Belustigungen, Vorstellungen...

Eine englische Sängerin, die sich im Switserland ihr Brot verdienen muss, nahm mich auf meine Bitte mit in ein Weihnachtskonzert, das sie in einem Lausanner überseeisch-anglosächsischen, französisch parlierenden Mädchenpensionat zu geben beabsichtigte. Das Innere eines Mädchenpensionats birgt Mysterien für mich, die ich gern einmal von einem Versteck aus erforscht hätte. Wie sind diese wohlherzogenen Mädchenscharen, die man so häufig zu Gesicht bekommt, einen Hügel besteigend, ein Kurhausparkett, ein Postamt füllend, einen Strassenbahnwagen usurpierend, im intimen Kreise, wenn sie sich unbeobachtet glauben? Wie wirkt sich dann die immerhin klösterliche Abgeschlossenheit aus? Denn: so grosse Freiheiten man den jungen Mädchen auch heute anscheinend gewährt - sie machen (unter sich) jeden Sport, jede Mode, jedes Vergnügen mit -, darin sind sich die vielen Internate vom einfachen Haushaltinstitut bis zum Mädchenplacehotel einig: es wird streng darüber gewacht, und es kann garantiert werden, dass die jungen Mädchen mit völlig ungetrübtem jungfräulichem Gemüt in das Haus ihrer Eltern oder Vormünder zurückkehren.

Die Pensionsinhaberin war eine zwei Meter grosse, schön gewachsene, auffallend hübsche Dame, die, wie man mir mitteilte, für Komplimente ausserordentlich empfänglich war und die "schwerhörige Aphrodite" genannt wurde. Ich hätte ihr gern etwas Liebes gesagt, als wir einen Augenblick allein waren, aber man kann dergleichen doch nicht so hinaustrompeten. Aphrodite (die jeden der mit englischen Akzent französisch sprechenden Backfische neutral als das junge Mädchen bezeichnet) nahm am Weihnachtskonzert begreiflicherweise nicht teil.

Die Sängerin postierte mich, angeblich als Souffleur, hinter eine Rollwand, nachdem die Mädchen im ausgeräumten Speisesaal Platz genommen hatten. In der Ecke stand ein leerer Christbaum. Der sollte am nächsten Tage (am 25. Dezember) mit Geschenken behängt und sodann nach englischer Sitte geplündert werden. Heute am Christabend, gab es nichts als erbauliche Musik. Das war immerhin für die Sängerin ein Erwerb und für die Mädchen das Vorspiel zu einer eigenen improvisierten Vorstellung. Nach Schluss des Konzerts rollte die singende Miss die Rollwand um mich herum, und ich hatte Gelegenheit, durch die Ritzen die ahnungslosen jungen Mädchen zu beobachten. Eine bleiche Lehrerin erhob sich aus der Mitte der blühenden Gesichter, ging hinter mit zur Türe hinaus - und ich war allein mit sechs Reihen junger Mädchen im Alter von 15 bis 19 Jahren, die mit funkelnden Augen da sasssen. Die Tür war noch nicht zugefallen, da kam Bewegung in die Masse. Die Reihen gerieten langsam, aber unwiderstehlich in Bewegung, wie das vom Taifun gepeitschte Meer. Es entstand ein wirres Durcheinander. Man rauft, singt, springt, gröhlt, zwickt, zupft, reisst, tanzt, tobt. Wilde Wogen der Lebenslust umbrausen mich, die alles niederreißen, schliesslich auch meinen Wandschirm. Ich rage, eine männliche Insel, in einem sturmbewegten Meer von Jungfrauen, in die Höhe: "Merry Christmas!", sage ich: "Fröhliche Weihnachten!"

Das amüsierte die Mädchen nicht einmal sonderlich; so sehr sind sie mit sich selbst beschäftigt. Sie nehmen kaum Notiz von mir. Bis die eine der anderen etwas zuflüstert, die zweite der dritten, die dritte der vierten; dann sehen sie mich alle an und lachen - weil ich ein Mann bin. Sie lachen über meine Gestalt, mein Gesicht, meine Gesten und Bewegungen; sie lachen wie die Wahnsinnigen über das Lächerlichste, was es auf Gottes Erdboden gibt: das männliche Geschlecht. Was kann ich tun? Was immer ich tun kann, ist lächerlich, und was nicht lächerlich wäre, kann ich nicht tun. Der Europäer mit seinen beschränkten Vollmachten ist einer Schar Gänse ausgeliefert...

Mit abgerissenen Knöpfen und heraushängender Kravatte erschien ich (der "Hahn im Korbe") vor der schwerhörigen Aphrodite. "Solche Fratzen wie die Ihren", brüllte ich ihr ins Ohr, "habe ich mein Lebtag nicht gesehen!"

"Oh, Sie Schmeichler!" lächelte sie und funkelte mit den Augen. "Wie vielen haben Sie das schon gesagt?"

"Noch keiner", schwor ich und schritt melodramatisch ins Freie. Es läutete zur Mitternachtsmesse. Ein Mondstrahl floss in den See.

-mm-

Jugendbücher.^x

SPD. Auf eine besonders wertvolle Kalenderpublikation muss auch in diesem Jahre wieder mit allem Nachdruck hingewiesen werden. "Mutter und Kind", der von Adele Schreiber herausgegebene Jahreskalender, der jetzt im Zentralverlag (Berlin) erscheint, soll ein Führer durch Mutter- und Kinderland sein. Der mannigfaltige, reiche und hochkünstlerische Bildschmuck stellt Kinder- und Jugendleben dar. Knappe Texte aus der Feder anerkannter Schriftsteller begleiten die Bilder. Hygiene des Kleinkindes, Kinderpflege in Schule und Haus, Fürsorge für das rheumatische, das tuberkulöse Kind wird gezeigt. Aber in erster Linie gilt es doch, das gesunde, fröhliche Kind zu zeigen: das Kleinkind an der Mutterbrust und die heranwachsende Jugend bei Spiel und Sport. Eine grosse Wärme weht durch diese Blätter, ein Hauch von der Heiligkeit alles Mutterseins. "Inmitten allen Wandels menschlicher Einrichtungen und Gesetze besteht eine Wechselbeziehung zwischen Mutter und Kind als unvergänglicher Ewigkeitswert", sagt Adele Schreiber. - Die enge Bindung von Mutter und Kind bedingt es, dass auch in dem Frauenkalender "Die Frau unserer Zeit" das Kind, die Jugend in Spiel und Arbeit, einen überragenden Raum einnimmt. Vor allem jedoch kommt es der Herausgeberin,

Frieda Kadel, darauf an, die schaffende Frau in ihrer Arbeit zu zeigen, sei es als Schriftstellerin, Buchbinderin, Künstlerin usw. Leider fehlt die Frau in der Fabrik, die Arbeiterin, die Frau des Proletariats, obwohl doch gerade sie die Mehrzahl der schaffenden Frauen darstellt.

Im gleichen Verlage wie unser alter Freund Dolittle (Williams und CO.) erscheint von Bela Szennes der spannende Schulroman "Der Schandfleck der Klasse." Karl Holtz hat ihn witzig und scharf im Stile von George Gross in Schwarz=Weiss illustriert. Der Schandfleck der Klasse, "Schandus" genannt, ist ein Hauswärts=kind, ein Gassenjunge, der es wagt, Schüler eines feinen Gymnasiums in einer vornehmen Vorstadt zu werden. "Hier werden Gassenjungen aus der Arbeitervorstadt nicht aufgenommen; merk' Dir das! Ich werde Sorge dafür tragen, dass Elemente, die nicht hierher gehören, baldigst ausgemerzt werden", sagt der Studienrat Nieritz zu dem armen Rittner, dem einzigen Sohn einer Witwe aus der Vorstadt. Aber der tapfere Schandus setzt sich durch, und als Sieger im Fussballspiel rettet er schliesslich auch noch die Ehre der Anstalt, allgemein anerkannt und auch vom Studienrat Nieritz bewundert. Die lebhaftige Darstellung des Schüler=lebens mit seinen Kämpfen und kleinen Intriguen, Vereinsgründungen und Sporterelebnissen wird jeden Jungen erfreuen. Auf Williams' lustige Bilderbücher von Erich Kästner und Walter Trier - "Arthur mit dem langen Arm" und "Das verhexte Telefon" - kann hier leider nur kurz hingewiesen werden. Aus der Sammlung "Thienemanns 2 Mark=Bücher" ist die Tiergeschichte "Häsi und anderes liebes Getier" hervorzuheben, von Else Wenz=Victor sachlich und gut illustriert und von Alma de l'Aigle warm und wahr, aus wahrer Kinderempfindung heraus, erzählt. Auf dieses "wahr" ist dabei besonderer Nachdruck zu legen. Das Kind sieht hier seine Freunde, die Tiere, so, wie sie wirklich sind. Der warme, seelenvolle Zusammenhang alles Tierlebens mit menschlichem Sein wird vom Unbewussten her lebendig gemacht. Das Tier wird nicht vermenschlicht - das bedeutet immer mehr oder weniger eine Karikatur -, sondern das Kind lernt fühlen, wie durch die Liebe zum Tier ihm Zugang in eine fremde Gefühlswelt erschlossen wird. Dem Kinde alle Schönheit der wirklichen Welt zu zeigen, und es diese Wirklichkeit verstehen und lieben zu lehren, das ist der Zweck des guten Bilderbuches.

In diesem Sinne vorbildlich sind zwei Bücher, die im Pestalozzi=Verlag erschienen sind. "Die kleinen Obst= und Gemüsegärtner" begleitet Elisabeth Morgenstern mit einprägsamen Reimen bei ihrer Arbeit, beim Pflanzen und Säen. Da werden so manche kleine Leser Lust bekommen, ebenso, wie sie es hier auf den feinfarbigem Bildern von Marigard Bantzer sehen, ihr Gärtchen selber zu bestellen. "Das Holzdorf" von Gerda Thelen zeigt, wie aus dem Baum allmählich ein Spielzeug wird, leider in Rosa erzählt, die den Kleinen weniger glatt eingeht als der klingende Reim. Im Gegensatz zu der etwas zu intellektuellen Sprache sind die Bilder besonders eindrucksvoll auf zwei Farbtöne, ein sehr leuchtendes Orange und ein sehr saftiges Grün, abgestimmt. Das ist wirkliches Leben, während die süßen Bilder von Englein und Blümelein in den Büchern des Verlages Schreiber (Esslingen) bei den Kindern unserer rauhen Zeit kaum noch Anklang finden werden. Umso wertvoller sind die in diesem Verlag erscheinenden Bastel= und Arbeitsbücher, z.B. Anleitungen für den Bau von Nistkästen und Futterstellen für Vögel, Herstellung von elektrischen Schwachstromapparaten usw. Reiche Anregung für spielerisches Schaffen gibt auch die Sammlung "Spiel' und lies!" (Löwensohn, Fürth). Diese Bilderbücher enthalten in angeklebten Papiertaschen Material für einfache Bastelarbeiten und hübsche Vorlagen.

Von dem altbewährten Jugendschriftenverlag Scholz in Mainz liegt eine Fülle neuer Bücher vor, besonders Tierbücher mit Bildern guter Künstler, wie C.O. Petersen und Beatrice Braun=Fock. Auch die alten, wohlvertrauten Märchen kommen in neuem Gewande, von M. Grengg verständnisvoll illustriert. Zum Schlusse sei noch auf die hübsche Geschichte "Wie macht man das nur?" von Katrin Holland hingewiesen (Stalling, Oldenburg). Drei Kinder gehen in die Welt, um für ihre kranke Mutter das Geld für eine Reise zu verdienen; es ist lustig und abenteuerlich, wie sie das in dem grossen Berlin anfangen. Die Wunderwelt moderner Tech=

nik ist in der spannenden Geschichte vom "Wunderauto" zum Märchen gestaltet (ebenfalls bei Stalling), von O. Gabrielli und Hans Striem erzählt. "Einfach Klasse!" würde Lutz, der Held der Erzählung, dazu sagen.

SPD. Die Wahrsagerin.^X Mäderich geht zur Wahrsagerin.

"Ihr Onkel had böse Absichdn gegen Sie!" sagt die Wahrsagerin.

"Ich hawe doch gar geinen Onkel!" sagt Mäderich.

"So? Na, dann isses ähm Ihre Dande."

"Ich hawe auch geine Dande."

"Ferner is Ihr äldesder Sohn in Gefahr."

"Wieso? Ich hawe doch gar geine Gindr."

"Ihre nächsde grosse Reise wird wenichr günstj verlaufn als die vorherge=hende."

"Ich bin doch in meinem ganzen Lähm noch nie aus Leibzch rausgegommen!"

Da schreit die Wahrsagerin wütend: "Na, heernse, wennse Ihre eichene Zugunfd besser wissn als ich, warum gommen Sie denn nacher überhaubd hierher?"

SPD. Rothaarige Neger.^X Rothaarige Menschen gibt es bei den europäischen Völkern mehr als bei den Bewohnern anderer Erdteile und den Angehörigen anderer Rassen. Die Höchstzahl zeigen die schottischen Hochländer, von denen 11 % rot=haarig sind. Danach folgen die polnischen Juden mit 5,6 %, Holland mit 2,45 %, Elsass=Lothringen mit 1,34 % und Mecklenburg=Schwerin mit ganz geringer Zahl von 0,09 %. Andere Völker stehen in dieser Hinsicht zwischen den genannten; letzten beiden. Aber selbst unter den Negern kommt rötlichblondes Haar vor bei allgemeinem Mangel an Pigment, dem sogenannten "Albinismus", wenn dieser Albinismus nicht vollständig ist. Bei Vollalbinismus wird das Haar der Neger ganz weiss. Uebrigens ist auch bei europäischen Rothaarigen häufig Albinismus die Ursache ihrer Haarfarbe.

SPD. Der SOS=Ruf der Füchse.^X Auf einer Pelztierfarm in Eisenberg bei Jena werden kostbare Silberfüchse gezüchtet. Oftmals wird der Erfolg der Aufzucht durch das scheue Wesen dieser Tiere beeinträchtigt. Wildernde Hunde oder Katzen können eine masslose Panik unter den Silberfüchsen hervorrufen, die in blinder Raserei sich selber und ihre Gefährten töten. Zum Schutze gegen die erheblichen Verluste, die durch Beunruhigung der wertvollen Tiere entstehen könnten, hat man im Gehege der Füchse ein Radiomikrophon aufgestellt und mit einem Lautsprecher im Wärterhause verbunden, sodass die Füchse jederzeit "funken" können, wenn sie sich in Gefahr befinden.

SPD. Der wackere Sachse forcht sich nit.^X Mäderich erklärt, er werde nach Barcelona gehen.

"Nehmen Sie sich in Schbanien bloss in achd", sagt Pille zu ihm.

"Warum denne?"

"Ich war ooch mal in Schbanien. Da hads ä fürchderbares Erdbeben gegeben!"

"Und da warn Sie derbei?"

"Ja, da hab ich midden drin geschdeggd."

"Ham Sie da nich ganz schreggliche geizdert?"

"Och, es ging. Die Erde had jädenfalls viel mehr geizdert als wie ich...!"

Deutscher Reichstag

13. Sitzung vom 11. Dezember 1930.

SPD. Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest Abg. Stöhr (Nat. Soz.) eine längere Erklärung. Darin wird ausgeführt, die Nationalsozialisten wollten sich nicht "fälschlich" als Skandalmacher hinstellen lassen. Sie würden in Zukunft keine Reden von Marxisten mehr anhören und würden beim Beginn solcher Reden den Saal verlassen. (Gelächter und Zurufe links.)

Abg. Müller (Komm) verlangt die sofortige Beratung eines Antrags auf Aufhebung des Berliner Demonstrationsverbots. Als er dieses Verlangen begründet, verlassen die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die Mitglieder der Landvolkpartei den Saal. Sie lassen nur je einen "Horchposten" zurück. - Der Beratung des kommunistischen Antrags wird von rechts widersprochen.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des von den Regierungsparteien eingebrachten Entwurfs zur vorübergehenden Regelung der gewerbsmässigen Stellenvermittlung. Als Präsident Löbe diesen Gegenstand aufruft, rufen die Kommunisten den wieder in den Saal zurückgekehrten Nationalsozialisten zu: "Achtung, der Marxist Löbe spricht, rausgehen!" (Heiterkeit)

Der Ausschuss empfiehlt die Annahme des Entwurfs der Regierungsparteien, wonach die Konzertagenten ihren Betrieb bis auf weiteres fortführen können. In einer Ausschuss-Entschliessung wird verlangt, dass bei der endgültigen Erledigung der Entschädigungsfrage für die gewerbsmässigen Stellenvermittler Härten vermieden werden.

Abg. Jäger-Celle (Dn) begründet einen Änderungsantrag, der die Entschädigungspflicht bestimmter regeln soll.

Abg. Schröter-Merseburg (Komm) lehnt die Vorlage ab. Es sei nicht zu recht fertigen, wenn die Aufhebung der gewerblichen Stellenvermittlung mit solchen Gesetzen sabotiert werde.

Die Abstimmung wird vom Präsidenten Löbe zurückgestellt. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über den Ladenschluss am Weihnachtsheiligabend. Nach dem Ausschussbeschluss dürfen offene Verkaufsstellen am 24. Dezember nur bis 17 Uhr geöffnet sein und Angestellte zur Bedienung der beim Ladenschluss schon anwesenden Kunden und zu sonstigen Arbeiten nur bis zur Dauer von einer halben Stunde beschäftigt werden.

Gaststätten dürfen am 24. Dezember nur bis 19 Uhr geöffnet sein. Für die Verpflegung und Beherbergung von Ortsfremden können Ausnahmebestimmungen erlassen werden.

Abg. Frau Reitze (Soz):

Bereits im Herbst 1929 hat sich der Reichstag auf unser Verlangen mit der zur Beratung stehenden Sache beschäftigt. Die Wirtschaftspartei hat auch damals die Aufhebung des 5-Uhr-Ladenschlusses verlangt. Obwohl man sich längst auf den 5-Uhr-Ladenschluss hat einrichten können, verlangt man jetzt wieder die Aufhebung. Dabei haben sich doch gar keine Schwierigkeiten für die Durchführung ergeben. Es ist auch kein weiterer Rückgang des Konsums dadurch eingetreten, als der tägliche und stündliche Rückgang infolge der Wirtschaftskrise. Sorgen Sie (zur Wirtschaftspartei) für rechtzeitige Auszahlung der Löhne und Gehälter, dann werden die Geschäfte keinen grösseren Ausfall haben, als ihn eben die Krise bedingt. Durch ihre Verachtung aller sozialen Interessen schaltet sich die Wirtschaftspartei selbst aus. Die Not, die Sie beklagen, ist nur ein Teil der allgemeinen Not. Das wissen auch die Angestellten und die Hausfrauen, die sich mit Entrüstung gegen Ihre Partei wenden, weil diese ständig gegen die Interessen der Angestellten, Arbeiter und Beamten sich wendet. In Hamburg hat sich längst alles daran gewöhnt, dass nur an einem Sonntag im Dezember die Läden offen sind. Ebenso ist in vielen Städten der 5-Uhr-Schluss am Weihnachtsabend längst eingeführt. Erfreulicherweise und auf unser Verlangen

führt der Gesetzentwurf auch für die Angestellten des Gastwirtsgewerbes den freien Weihnachtsabend ein. Aber man muss das Personal davor schützen, noch nach Ladenschluss stundenlang weiter beschäftigt zu werden. Im Ausschuss hat der Sprecher der Nationalsozialisten der Wirtschaftspartei vorgeworfen, dass sie nur ans Geldverdienen denke. Darauf antwortete die Wirtschaftspartei, die Nationalsozialisten sollten eingedenk sein, dass sie Hunderttausende Mittelstandsstimmen bekommen haben. (Heiterkeit)

Die Einführung des freien Weihnachtsabends für das Gastgewerbe ist umso nötiger, da die Nacharbeit in diesem Gewerbe die Regel ist, die das Familienleben zerstört und den Vater oft genug von seinen Kindern fernhält. Dabei ist die Arbeitszeit im Gastgewerbe noch immer von Gesetz so gut wie gar nicht begrenzt; nur dort, wo die Gewerkschaft Wandel schaffen konnte, ist es besser geworden. Ein Teil der Gastwirtschaften schliesst am Weihnachtsabend bereits um 7 Uhr. Die anderen werden froh sein, wenn sie sich die Betriebsausgaben an einem Abend sparen können, an dem doch keine oder nur sehr wenige Gäste kommen. Der Gesetzentwurf stellt einen Fortschritt dar. Wir stimmen ihm zu. (Lebh. Beifall der Soz.)

Abg. Dr. Schmidt-Westfalen (Chr. Soz.) tritt für die Ausschussvorlage ein und bekämpft den Antrag der Wirtschaftspartei.

Abg. Borrmann (Wirtschaftsp.) lehnt die Ausschussvorlage ab und beantragt mindestens die Bestimmung über den Schluss der Gastwirtschaften im Interesse der anhanglosen Junggesellen und Witwer zu mildern.

Abg. Frau Himmler (Komm) richtet scharfe Angriffe gegen die Wirtschaftspartei.

Abg. Dr. Pfeffer (D.Vp.) bekämpft die Vorlage. Diese Art der Gesetzesmacherei spottet jeder Beschreibung. Man dürfe nicht leichtfertig über die Lebensinteressen des Gewerbes sich hinwegsetzen. Die Wirtschaftspartei habe die weitere Verschlechterung der im Vorjahre beschlossenen Bestimmungen verschuldet durch ihren Vorstoss gegen das Ladenschlussgesetz. Der Redner beantragt Ausnahmebestimmungen für die Blumengeschäfte.

Abg. Jäger-Celle (Dn) lehnt die Ausschussvorlage ab. Die bisherige Regelung genüge den Bedürfnissen auch der Angestellten. Eine Verschärfung sei nicht zu rechtfertigen.

Abg. Stöhr (Nat. Soz) tritt für die Ausschussvorlage ein. Am Vorabend des Christfestes müsse der arbeitenden Menschheit Gelegenheit zur Einkehr gegeben werden. (Während der Rede des Abg. Stöhr hatten die Sozialdemokraten den Saal verlassen.)

Abg. Weiser (Ztr) erklärt, der grösste Teil seiner Freunde werde gegen die Ausschussvorlage stimmen, weil die im Vorjahre beschlossene Regelung genüge.

Abg. Schwarzer (Bayer. Vp.) macht der Wirtschaftspartei den Vorwurf, dass sie durch ihren Vorstoss die Verschärfung der im Vorjahre beschlossenen Regelung verschuldet habe. Die Bayerische Volkspartei wolle den Angestellten und Ladeninhabern einen frühen Ladenschluss am Heiligabend sichern, aber die Regelung müsse den örtlichen Verhältnissen angepasst werden. Die Ausdehnung der Bestimmungen auf die Gaststätten sei nicht zu rechtfertigen.

Abg. Dr. Adolph (Volksnat.) stimmt der Ausschussvorlage zu.

Auch über diese Vorlage wird die Abstimmung zurückgestellt.

Die Novelle zum Reichspostfinanzgesetz, wonach die Ablieferung an das Reich künftig von den Bruttoeinnahmen erfolgt, wird ohne Aussprache in zweiter und dritter Beratung angenommen. Zur Beratung kommt weiter eine Entschliessung des Haushaltsausschusses, in der die Reichsregierung ersucht wird, in einheitlichem Zusammenwirken mit Preussen aus Anlass der jüngsten Hochwasserkatastrophe eine umfassende Hilfsaktion für die Geschädigten einzuleiten, zur Vermeidung der Wiederkehr solcher Katastrophen die Vollendung der Wasserbauten zu beschleunigen und die geschädigten Bezirke in die Osthilfe einzubeziehen.

Abg. Schwobe (Dn) fordert schleunige Hilfe für die Oder-Anlieger in Schlesien. Die Zuflüsse der Oder müssten Stauweiherr bekommen.

Abg. Kasche (Natsoz) verlangt, dass die Hilfsmassnahmen möglichst ohne unnötige Formalitäten durchgeführt würden. Es handele sich weniger um Einzelmassnahmen als um die Frage, ob man dem deutschen Osten sein wirtschaftliches Rückgrat erhalten wolle oder ihn den Polen ausliefern wolle. Als der Redner dann auf die Frage der Polizeikosten zu sprechen kommt, wird ihm unter lebhaften Pfeif-Rufen der Nationalsozialisten vom Vizepräsidenten Esser das Wort entzogen. Die Nationalsozialisten richten protestierende Zurufe an den Vizepräsidenten Esser. Abg. Goebbels wird deswegen zur Ordnung gerufen und nach einem weiteren Zuruf dieser Art durch den Vizepräsidenten Esser aus dem Saale gewiesen.

Abg. Ehrhardt (Ztr.) unterstützt die Forderung eines umfassenden Wasserbauprogramms im Odegebiet.

Abg. Schmidt-Hannover fordert eine wirksame Regulierung des Elbestromgebiets in Nordhannover. Dringend notwendig seien auch Hilfsmassnahmen für das Gebiet der mittleren Weser.

Abg. Gandorfer (Bayer. Bauernpt.) schildert die Hochwasserschäden im Gebiet der Donau und ihrer bayrischen Nebenflüsse. Hier müsse schleunigst geholfen werden.

Abg. Verhülsdonk (Ztr.) geht auf die Hochwasserschäden am Rhein und an seinen Nebenflüssen ein und fordert Steuerniederschlagung für die Geschädigten.

Reichsverkehrsminister v. Guérard

betont, dass bei der Hilfsaktion für die Hochwassergeschädigten an Oder und Rhein sich eine durchaus erfreuliche Zusammenarbeit zwischen dem Reich und Preussen gezeigt habe. Die Regierung sei eifrig bemüht, die Ursachen der Hochwasserkatastrophen zu untersuchen, um der Wiederholung nach Möglichkeit vorbeugen zu können. Auch aus wirtschaftlichen Gründen arbeite die Regierung an einer Vorlage, die eine umfassende Regulierung der Oder bringen soll. Mit dieser Vorlage werde dann auch die Hochwassergefahr eingeschränkt werden.

Die Aussprache wird dann unterbrochen, weil die vorher zurückgestellten Abstimmungen nachgeholt werden müssen. Zur vorübergehenden Regelung der gewerbmässigen Stellenvermittlung wird unter Ablehnung der Änderungsanträge die Ausschussvorlage angenommen. In dieser Fassung wird darauf auch das Gesetz in dritter Beratung mit der Ausschuss-Entschliessung (Vermeidung von Härten) angenommen. Zum Gesetz über den Ladenschluss am Weihnachts-Heiligabend wird der Antrag Dr. Pfeffer (D.Vp.), wonach die Blumengeschäfte eine Stunde länger als die übrigen Geschäfte geöffnet bleiben dürfen, mit 250 gegen 239 Stimmen angenommen. Im übrigen wird die Vorlage in der Ausschussfassung endgültig angenommen.

Anschliessend wird die Aussprache über die Hochwasserschäden fortgesetzt.

Abg. Stelling (Soz.)

Vor Beginn der Rede rufen die Kommunisten den Nationalsozialisten zu: Raus mit Euch! (Die Nazis verlassen den Saal) Ich bin sehr erfreut, dass die Nationalsozialisten hinausgehen, denn es geht mir so, wie ihnen selbst mit mir, ich sehe sie lieber von hinten als von vorn. Sie sehen nämlich von hinten menschlicher aus, als von vorn. (Stürmische Heiterkeit links-Wutgeschrei der Nazis, die noch einmal umkehren und erst vom Vizepräsidenten Stöhr hinausgeschleucht werden.) Der Redner zählt dann die Schadenssummen der einzelnen vom Hochwasser betroffenen Kreise auf. Für 3 Millionen Werte wurden im Kreise Rosenberg vernichtet, der Gebirgskreis Goldberg-Haynau ist fast aller Strassenverbindungen beraubt, in pommerschen Kreisen sieht es eben so aus. Ein solches Ausmass der Hochwasserschäden ist seit Jahrhunderten nicht vorgekommen. Wo Hilfe notwendig ist, muss sie beschleunigt gewährt werden. Zuständig sind dafür hauptsächlich die Länder, aber die Finanznot erfordert, dass das Reich dabei

eingreift. Oberschlesische Kreise haben ebenfalls eine Wertvernichtung von ca. 3 Millionen zu beklagen. Die Stadt Katibor und viele Dörfer in ihrer Umgebung waren wochenlang vom Hochwasser der Klodnitz umschlossen. Der Hochwasserstand hat den Normalstand um $5\frac{1}{2}$ Meter überschritten. Ähnlich war es im Kreise Liegnitz, wo nicht das Hochwasser allein, sondern zum Teil giftige Abwässer, die über die Wiesen geschwemmt wurden, das Heu und die Futterpflanzen vergifteten. Dadurch sind besonders viele kleine Besitzer geschädigt worden. Grössere Mengen von Vieh sind an dem giftigen Futter eingegangen. Bei Frankfurt/Oder und bei Küstrin sind ausgedehnte Wiesen mit Schlamm bedeckt worden, ebenso an der Elbe. Die verfrühte Schneeschmelze und ein gleichzeitig auftretender Sturm von Windstärke 12 haben 1 $\frac{1}{2}$ Millionen Festmeter Holz in den schlesischen Gebirgskreisen vernichtet. Auch Ostpreussen, Sachsen, die Gebiete der Donau und der Elbe sind schwer betroffen worden. In Neuwied am Rhein konnte ein noch nicht fertiggestellter Damm nicht standhalten, wodurch schwerer Schaden eingetreten ist. Die Reichsregierung muss die Bemühungen Preussens unterstützen, damit im Frühjahr nicht wieder solche Schädigungen eintreten, wie sie auch Köln erlitten hat. Selbstverständlich müssen alle betroffenen Gebiete Hilfe erhalten. Bei der Verteilung der Gelder müssen auch die Vertreter der Arbeiter mitwirken, denn bei anderen Gelegenheiten haben wir die Erfahrung gemacht, dass die Grossgrundbesitzer den Rahm abgeschöpft und die kleinen Leute selbst bei schwerster Schädigung nur wenig erhalten haben. Die Wirtschaftspartei fordert in einem Antrag Hilfe durch Arbeitsdienstpflicht. Jeder Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse weiss, dass eine solche Forderung heute geradezu eine Herausforderung der Erwerbslosen bedeutet, und dass mit solchen nicht genug durchdachten Vorschlägen die Arbeitslosigkeit eher noch gesteigert werden kann. (Sehr wahr! links)

Die "Nationalen" machen die Republik dafür verantwortlich, dass die Katastrophe solchen Umfang angenommen hat. (Heiterkeit links) Das Unheil wäre viel grösser und sogar Menschenleben wären vernichtet worden, wenn nicht Preussen und das Reich die gesamte Wasserwirtschaft in vorbildlicher Weise ausgebaut hätten. Leider ist noch immer das Staubecken von Ottmachau nicht fertig. Andernfalls wären die Schäden durch das Oderhochwasser sicher viel geringer. Schon 1906 hat der Preussische König sein Wort dafür gegeben, dass dieser Bau erfolgt. 1924 hat der Preussische Landtag auf sozialdemokratischen Antrag beschlossen, dass der Bau möglichst bald begonnen werden soll. Die Deutschnationalen im Landtag aber wandten sich mit aller Schärfe dagegen, und bei einer Besprechung im Oberpräsidium zu Oppeln vor 3 Jahren geschah das Gleiche, und es bedurfte grosser Ueberredungskünste, um zu einer Verständigung zu kommen. (Hört! Hört! links und in der Mitte.)

Zum Selbstschutz gegen Hochwasser ist der Ausbau der Wassergenossenschaften von grösster Wichtigkeit. In Mittelschlesien haben sich freilich die Nationalsozialisten mit aller Entschiedenheit dagegen ausgesprochen. (Hört! Hört! links) Die republikfeindliche Haltung gewisser Landwirtschaftsvertreter, die Bombenattentate und sonstigen Störungen der öffentlichen Ruhe erschüttern das Vertrauen des Auslandes und erschweren die Erlangung von Auslandsanleihen, auf die wir aber auch für ausreichende Hochwasserschutzbauten angewiesen sind. Die Landwirte müssen sich klar sein, dass, wer die Republik bekämpft, das deutsche Volk und sich selbst auf das Allerschwerste schädigt. (Lebh. Beifall der Soz.)

Abg. Bohnenstengel (Komm.) meint, die Katastrophen seien dadurch verschuldet worden, dass die Mittel für die Wasserbauarbeiten gestrichen wurden.

Abg. Dr. Moldenhauer (D.Vp.) bedauert, dass auch bei der Besprechung der furchtbaren Hochwasserkatastrophen die Gegensätze der Parteien nicht zurückgestellt würden. Eine einheitliche Reichswasserstrassenverwaltung sei notwendig,

Abg. Frau Eitner (Chr. Soz.) betont die besondere Notlage Schlesiens. Die durch das Hochwasser verschärfte Wirtschaftsnot mache es notwendig, ganz Schlesien in den Wirkungsbereich der Osthilfe einzubeziehen.

Abg. Baur (Landvolk) weist darauf hin, dass Niederschlesien noch niemals so schwer von einer Hochwasserkatastrophe betroffen worden sei, wie in diesem Jahre. Die Provinz Niederschlesien müsse als Notstandsgebiet anerkannt werden.

Abg. Domsch (Landvolk) begründet einen Antrag, die sächsische Oberlausitz in die Notstandsaktion einzubeziehen.

Abg. Freybe (Wirt.Pt.) empfiehlt den Antrag seiner Partei, die Regulierungsarbeiten in den Hochwassergebieten durch Anwendung der Arbeitsdienstpflicht in Angriff zu nehmen. (Widerspruch b.d.Komm.)

Abg. Brückner (Nat.Soz.) beklagt das schlechte Funktionieren des Hochwassermelddienstes der Talsperren in Schlesien. Es sei dort mehr Rücksicht auf die Rentabilität der Elektrizitätswerke genommen worden als auf den Hochwasserschutz. Leider arbeite die Regierung in Schlesien mit Gemeindevorstehern, die für Polen Spionagedienste leisten (Unruhe).

Abg. Gerauer (Bayr.Vp.) bedauert das langsame Fortschreiten der Regulierungsarbeiten im Donaugebiet.

Abg. Meyer-Hannover (Dtsch.Hannover) führt aus, in Nordhannover habe das Hochwasser den grössten Teil der Ernte vernichtet. Im Oste-Gebiet seien nicht weniger als elf Deichbrüche vorgekommen. Hier müsse endlich geholfen werden.

Abg. Rädel (Komm.) erinnert an die furchtbare Hochwasserkatastrophe im sächsischen Erzgebirge vom Juli 1927. Damals habe der Reichstag für dieses Gebiet schleunige Schutzmassnahmen gefordert; aber trotz aller Beschlüsse und Zusagen sei bisher nichts geschehen. Von der Wirtschaftspartei sei es eine Unverschämtheit nach der Dienstpflicht zu schreien (Präs.Löbe rügt diesen Ausdruck).

Damit ist die Aussprache beendet. In einer persönlichen Bemerkung erklärt Abg. Gandorfer (Bayr.Bauernbund) in Zurückweisung einer Behauptung des nationalsozialistischen Abg. Büchner, nicht er habe der Münchener Räteregierung angehört, sondern sein Bruder Ludwig.

Abg. Brückner (Nat.Soz.) spricht in seiner Erwiderung von den "ostgalizischen Juden Eissner". Darauf kommen Pfui!-Rufe von links. Die Kommunisten wenden wieder das Summen und Murmeln an, in dem die weiteren Ausführungen des Redners unverständlich bleiben.

Die Ausschuss-Entschliessung wird angenommen mit der vom Abg. Esser (Ztr.) beantragten Ergänzung, dass die Hilfsaktion sich erstrecken soll insbesondere auf Nieder- und Oberschlesien, sowie das Gebiet des Rheins und seiner Nebenflüsse.

Angenommen wird weiter der Antrag Domsch (Landvolk) auf Einbeziehung der sächsischen Oberlausitz, der Antrag der Wirtschaftspartei, der auch die Anwendung der Arbeitsdienstpflicht vorschlägt, der deutschnationale Antrag, der Hilfe für Schneebruch fordert und ein kommunistischer Antrag, der Mittel für Talsperre im Gottleuba- und Müglitztal fordert.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte über die Tagesordnung der nächsten Sitzung vertagt sich das Haus um 7 $\frac{1}{2}$ Uhr auf Freitag 10 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen u.a. die Anträge auf Winterbeihilfe und zu den Grubenkatastrophen. - Ein Antrag Dr. Everling (Dn.), die Misstrauensanträge gegen die Minister Dr. Curtius, Dr. Wirth und Treviranus auf die Tagesordnung zu setzen, wird gegen die Rechte und die Kommunisten abgelehnt.